

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

02
2020

APRIL/MAI 2020
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873



FRIEDRICH MERZ IM INTERVIEW
„Wir müssen uns auf
erhebliche Wohlstands-
verluste einstellen“

CORONA-KRISE

So kommen Unternehmen an Hilfen

DIE KRISE ALS CHANCE
Wie geht es nach
Corona weiter?

- > Firmen
- > HDI Compact



Mit der Branchenlösung HDI Compact wählen Sie genau die Versicherungs-Bausteine, die Ihr Unternehmen wirklich braucht. Das Ergebnis: eine Versicherung, die exakt zu Ihren Bedürfnissen passt – und vor den wichtigsten Risiken schützt. Mit nur einem Antrag, einer Rechnung und einem Vertrag.

Für Sicherheit
ganz nach Maß.



Menschen brauchen Perspektiven



*Liebe Lesenden
und den,*

die Corona-Pandemie stellt unser gesamtes öffentliches Leben auf den Kopf und unsere Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Wir sorgen uns um unsere Gesundheit und die unserer Familien und Freunde. Ebenso bangen viele von uns um ihre Arbeit und ihre Existenz. Die Frage ist nicht mehr, ob, sondern wie heftig und wie lange die Rezession eintreten wird.

MIT und Union wurden in der Vergangenheit oftmals für ihr Festhalten an der „Schwarzen Null“ kritisiert. Heute profitiert unser Land davon. Nur wer umsichtig haushaltet, kann in der Krise handlungsfähig sein. Die Große Koalition konnte in der Corona-Krise handeln und sie hat es schnell und entschlossen getan. Innerhalb weniger Tage wurde ein Maßnahmenpaket historischen Ausmaßes beschlossen, um betroffenen Unternehmen und ihren Beschäftigten möglichst zügig zu helfen. Wie Unternehmen an diese Hilfen kommen, lesen Sie ab Seite 14.

Als ich mich Ende März dafür aussprach, Perspektiven für ein langsames Wiederauffahren der Wirtschaft nach Ostern aufzuzeigen, war die Empörung groß. Mir wurden Herzlosigkeit und Unmenschlichkeit vorgeworfen. Klar ist aber: Menschen und Unternehmen brauchen immer Perspektiven. Sie müssen wissen, wann und wie das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben vorsichtig wieder aufgenommen werden kann. Klar ist auch, dass dies nur unter Beachtung strenger Auflagen zum Gesundheitsschutz möglich ist. Es geht nicht um Wirtschaft oder Gesundheitsschutz, es geht um Wirtschaft mit Gesundheitsschutz.

Die MIT war immer stark darin, weiter zu denken als die anderen und dabei auch mal gegen den Strom zu schwimmen. Diese Fähigkeiten brauchen wir auch jetzt, denn uns stehen entscheidende Diskussionen bevor. Die neu aufgeflammete Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkom-

men wie auch die neu erhobene Forderung der SPD, eine neue Vermögensabgabe zu erheben, zeigen, dass es auch um grundlegende Struktur- und Systemfragen gehen wird. Natürlich wird spätestens nach der Krise die Corona-Rechnung kommen. Und natürlich werden sich alle daran beteiligen müssen, auch wir Politiker.

Doch wer mit einer Vermögenssteuer gerade bei den Personengesellschaften ansetzen will, die wir nach der Krise mehr denn je brauchen, hat nicht verstanden, warum Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten so erfolgreich war. Aufgabe der MIT wird es daher sein, sich klar und entschlossen gegen solche unsinnigen, ja schädlichen Forderungen zu stellen. Es wird unsere Aufgabe sein, auf das zu verweisen, was die Soziale Marktwirtschaft zu leisten vermag und was sie in der Vergangenheit geleistet hat. In den kommenden Wochen geht es nicht nur um eine behutsame Rückkehr zu mehr Normalität, sondern auch um Weichenstellungen für die Zukunft. Drei Punkte sind meiner Meinung nach zentral.

Erstens: Wir benötigen ein Belastungsmoratorium, das beispielsweise die Grundrente und die Bon-Pflicht auf den Prüfstand stellt. Nur wenn alles, was weniger existenziell ist und sogar zusätzlich belastend ist, zurückgestellt wird, können wir uns auf die Bewältigung der Krise konzentrieren.

Zweitens: Wir müssen den positiven Schwung aus den Entscheidungen, die in der Not geboren wurden, mitnehmen. Der plötzliche Durchbruch von flexibleren Arbeitszeiten und Videokonferenzen zeigt ja, wie einfach doch vieles möglich ist.

Drittens: Wir brauchen eine Wachstumsagenda, um den Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland fit für die Zeit nach Corona zu machen. Wer nicht weiß, wie eine solche Agenda ausschauen könnte, der orientiere sich an den Vorschlägen der MIT. Wir sind bereit!

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender



Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

Redaktion:

Micha Knodt
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Titelbild:

1. Kay Nietfeld/dpa
2. picture alliance/Jens Kalaene/dpa-Zentralbild/ZB
3. picture alliance/Boris Roessler/dpa

Druckauflage

2. Quartal/2020:

26 000 Exemplare
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird seit dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0202 3178693
E-Mail: info@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

10

MIT:EDITORIAL

Menschen brauchen Perspektiven

3

von Carsten Linnemann



MIT:KOLUMNE

Die Corona-Krise als Chance für die CDU

8

Kerstin Münstermann

Die Krise ist die Stunde der Exekutive, von Parteien, die den Staat tragen wollen, schreibt unsere Gastautorin.

MIT:TITEL

Corona-Rettungsschirm So kommen Unternehmen an Hilfen

10

Die Große Koalition bekämpft die Corona-Krise mit milliardenschweren Hilfspaketen. Eine Übersicht.

Corona-Krise

Wie erleben unsere Mitglieder die Corona-Krise? 14

Einige Unternehmer haben uns ihre Erfahrungen geschildert.

Die Krise als Chance Wie geht es nach Corona weiter? 16

Wir haben Abgeordnete nach ihrer Prognose für die Zeit nach der Krise gefragt.





18

MIT:THEMA

Öffentlicher Personennahverkehr

Der Staat als Busfahrer

18

Immer mehr Kommunen organisieren ihren Nahverkehr selbst – zum Nachteil der Privatwirtschaft.

Technologischer Hoffnungsträger

Mit Kernkraft gegen den Klimawandel

27

Was taugen die neuartigen Reaktortypen?

MIT:INTERVIEW

Friedrich Merz

„Wir müssen uns auf erhebliche Wohlstandsverluste einstellen“

22

Der Kandidat für den CDU-Vorsitz spricht im Interview über das Virus und die Folgen für die Wirtschaft.

MIT:ERKLÄRT

„Green Deal“

Was bringt das EU-Klimagesetz?

30

Die EU-Kommission hat ihre Pläne zur Klimaneutralität vorgestellt.

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

Sollte Deutschland die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern?

31

Norbert Müller und Dr. Josef Gochermann diskutieren.

MIT:FAKTEN

6, 9

Die Corona-Krise trifft vor allem Kleinunternehmer, führt uns in die Rezession, treibt aber auch die Digitalisierung voran.

MIT:INSIDE

EU-Check

34

Mitgliederstatistik

38

Neumitglieder

39

22



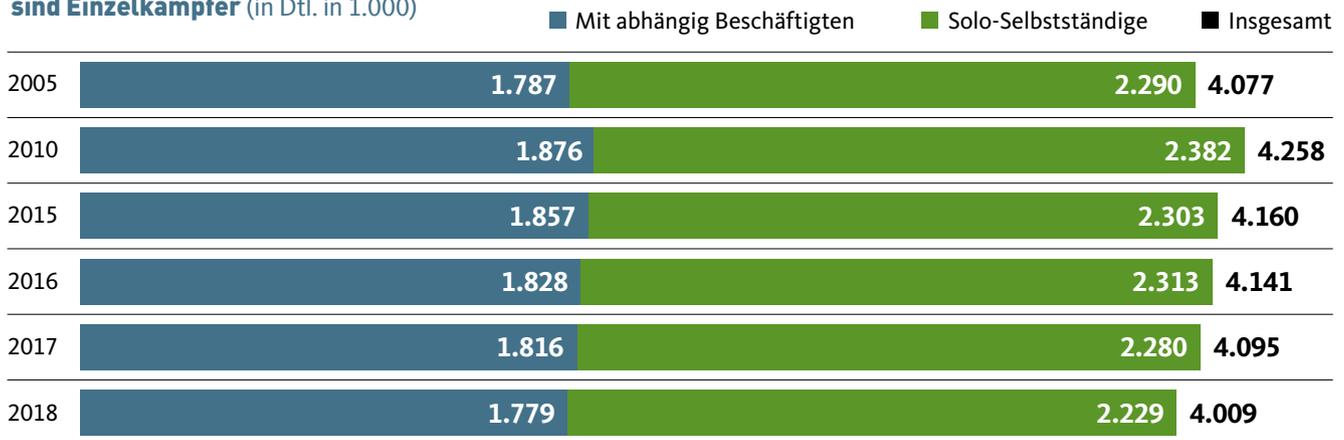


Corona-Krise trifft vor allem kleine Betriebe

In Deutschland gibt es nach Angaben des Statistischen Bundesamts vier Millionen Unternehmer und Selbstständige. Mehr als die Hälfte von ihnen hat keine Angestellten, sondern ist solo unterwegs. Gerade diese Solo-Selbstständigen und kleinen Betriebe leiden besonders schwer unter der Corona-Krise. Das

Institut der deutschen Wirtschaft schätzt die Zahl der besonders betroffenen Betriebe auf 400.000, darunter Gastronomen, Hoteliers sowie Einzelhändler, die keine Lebensmittel verkaufen. Aus Sicht vieler Ökonomen würden niedrigere Unternehmenssteuern helfen.

Selbstständige: Die meisten sind Einzelkämpfer (in Dtl. in 1.000)



Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus)
© 2020 IW Medien / iwd



Hausbanken verlieren exklusiven Status

Der Mittelstand und die örtlichen Hausbanken arbeiten meist eng und langfristig zusammen. Doch das Vertrauen des Mittelstands in die Banken sinkt laut einer Studie des Finanzdienstleisters CreditshelF. Für die Studie wurden Ende 2019 mehr als 200 Entscheider aus der mittelständischen Wirtschaft befragt. Demnach können sich 56 Prozent der Befragten einen Wechsel der Hausbank vorstellen oder planen diesen bereits. Jeder zehnte Mittelständler wolle dagegen seinem aktuellen Bankpartner die Treue halten. Vor allem Flexibilität spielt dabei eine große Rolle.

Foto: Cara-Foto/stock.adobe.com

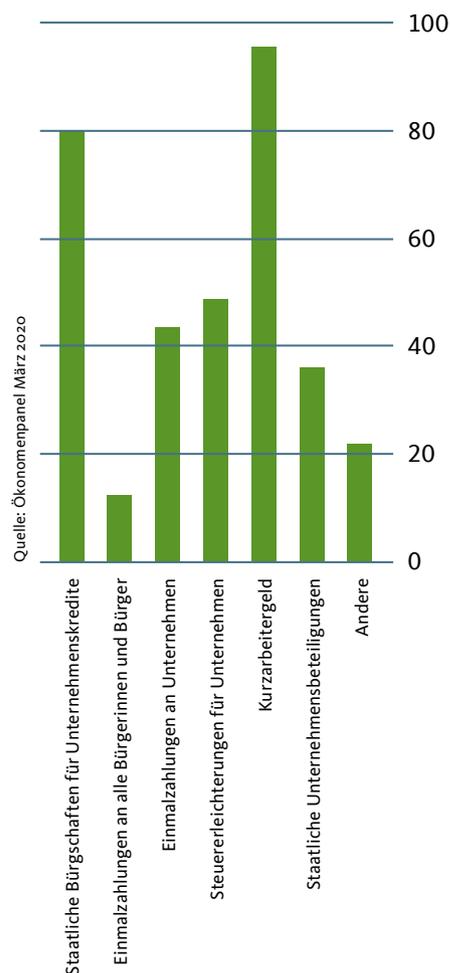
Rezession unvermeidbar

Aus Sicht der fünf führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute wird die Corona-Krise deutliche Spuren in der Wirtschaft hinterlassen. Im Frühjahrsgutachten gehen die Forscher von einem Minus von 4,2 Prozent für 2020 aus. Das wäre die schwerste Rezession seit der Finanz- und Wirtschaftskrise vor mehr als zehn Jahren. Besonders stark könnte das Bruttoinlandsprodukt mit minus 9,8 Prozent im zweiten Quartal fallen. Die Arbeitslosenquote könnte von 5,1 auf 5,9 Prozent und die Zahl der Kurzarbeiter von 100.000 auf 2,4 Millionen ansteigen. Für 2021 sagen die Institute aber ein Wachstum von 5,8 Prozent voraus – sofern es gelinge, die Wirtschaft bald wieder hochzufahren. Das Gutachten dient der Bundesregierung als Basis für ihre eigenen Prognosen, die wiederum die Grundlage für die Steuerschätzung bilden.

Großer Zuspruch für Hilfsmaßnahmen

Die Hilfen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Krise finden nicht nur große Zustimmung in der Bevölkerung, sondern auch bei Ökonomen. Zwei Drittel der Wirtschaftswissenschaftler an deutschen Universitäten empfinden den Nachtragshaushalt als angemessen. Das ist das Ergebnis des Ifo-Ökonomenpanels, an dem 155 Professoren teilnahmen. Der Nachtragshaushalt sieht eine Neuverschuldung mit 156 Milliarden Euro vor. Größter Konsens beim Hilfspaket besteht beim Kurzarbeitergeld und bei staatlichen Bürgschaften. Bei den europäischen Hilfen begrüßten 48 Prozent das Anleihe-Kaufprogramm der Europäischen Zentralbank in Höhe von 750 Milliarden Euro; 20 Prozent waren aber dagegen. Eine Ausweitung der EU-Fiskalkompetenzen lehnten 62 Prozent ab. Ein geteiltes Bild ergab sich bei der Frage nach Corona-Bonds. 46 Prozent der Ökonomen waren dafür, 43 Prozent dagegen. Ein Großteil von ihnen ist zudem der Meinung, dass die Firmenschließungen wegen zu hoher volkswirtschaftlicher Kosten nach einigen Wochen beendet werden sollten. Im Durchschnitt wurden acht Wochen als Obergrenze genannt.

Was sind Ihrer Meinung nach zu diesem Zeitpunkt die wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, um auf die negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu reagieren? (Mehrfachnennung und Freitext möglich)



„Angezählt“



Entscheidungen des Finanzamtes anzuzweifeln, kann sich lohnen: 40 Prozent der klagenden Bürger und Unternehmen haben im vergangenen Jahr ihre Prozesse gegen den Fiskus in zweiter Instanz gewonnen. 2018 lag der Anteil der siegreichen Kläger vor dem Bundesfinanzhof mit 46 Prozent sogar noch höher. Insgesamt entschieden die elf Senate des Bundesfinanzhofs im vergangenen Jahr 2334 Verfahren.

Die Corona-Krise als Chance für die CDU

Von
Kerstin Münstermann



Kerstin Münstermann (46) ist Chefredakteurin Politik bei der Funke-Mediengruppe. Die Funke-Zentralredaktion in Berlin beliefert zwölf Tageszeitungen, darunter WAZ, Berliner Morgenpost, Hamburger Abendblatt und Thüringer Allgemeine.

Deutschland hat sich verändert. Binnen weniger Tage, in unvorstellbarem Maße. Die CDU trifft die Krise mitten in einer Führungsdebatte: Vor kurzem noch wurden die Chancen der drei prominenten Kandidaten in Gesprächen und Leitartikeln nahezu täglich gewogen – mittlerweile ist klar, dass Annegret Kramp-Karrenbauer noch eine Weile CDU-Chefin bleiben wird. Möglicherweise sogar bis zum regulären Parteitag im Dezember in Stuttgart. Ein Sonderparteitag kurz nach der Sommerpause erscheint derzeit zumindest fraglich.

Das Wort Krise bedeutet auch Entscheidung oder Wendepunkt. Und genau das könnte die Corona-Krise für die CDU sein: Ein Wendepunkt und damit eine Chance. Eine Chance, die niemand vorhergesehen, niemand gewollt hat. Doch die Krise ist die Stunde der Exekutive. Die Stunde von Parteien, die den Staat tragen und ihn nicht von innen zerstören wollen. Die Stunde der Kanzlerin, der Minister und der Ministerpräsidenten, die durch ein souveränes Management der Situation überzeugen. Bislang gibt die Regierung von Angela Merkel ein gutes Bild ab. Die Umfragen schnellen für die CDU nach oben, die AfD dagegen verliert – daraus sollte die Union Mut, Kraft und vor allem Einigkeit schöpfen.

Denn der Machtkampf um den CDU-Vorsitz drohte aus dem Ruder zu laufen. Allen Fairness-Beteuerungen der Kandidaten Armin Laschet, Friedrich Merz und Norbert Rött-

gen zum Trotz – der innerparteiliche Wahlkampf bis Ende April wäre unappetitlich geworden. Merz und Laschet hätten mit ihren Auftritten beim Sonderparteitag die CDU vor eine Richtungsentscheidung gestellt. Dadurch wären die Gräben in der CDU nach der Neuwahl des Vorsitzenden tiefer geworden. Die Sorge vor einer Spaltung war nicht unbegründet. Dass sich die jeweils Unterlegenen in ein Team hätten einbinden lassen, war von vornherein nur ein Wunschtraum. Die Egos aller drei Kandidaten stehen dem im Wege.

Das Corona-Virus zwingt die CDU jedoch, Personalquerelen hinten anzustellen. Einzuhalten, nachzudenken. Ihren wirtschaftspolitischen Sachverstand, ihre Wirtschaftskompetenz

auszuspielen. Der Union wird in der Regierung die Aufgabe obliegen, wirtschaftliche Vernunft, Sozialleistungen und Ökologie zu verbinden – also Soziale Marktwirtschaft pur zum Inhalt der Nach-Krisen-Zeit zu machen. Für reine Prestigeprojekte der Großen Koalition wird kein Geld mehr da sein. Eine Ausgabenpolitik mit Maß und Mitte wird wichtiger denn je werden. Genauso wie eine Partei, die nach den ersten Kämpfen gegen wirtschaftliche Verwerfungen eine Rückkehr zur Schuldenbremse und der schwarzen Null anmahnt.

Und die Personalfrage? Ob die aktiven Krisenmanager im Vorteil sind, wenn es um den CDU-Vorsitz geht, wird die Zeit weisen. Die Umfragen für die CDU werden jedenfalls in dem Maße steigen, in dem sich die Regierung als Krisenmakler bewährt.

Und wenn dann irgendwann ein neuer CDU-Chef mit dem CSU-Vorsitzenden sportlich darum ringt, wer Kanzlerkandidat wird, ist das für die Union nicht von Nachteil. Großartig, wenn eine Partei mehrere Kandidaten von Format hat. Doch bis dahin wird eine CDU gebraucht, die Sachpolitik vor Machtpolitik stellt. Die sich ein letztes Mal hinter ihrer Kanzlerin versammelt, um das Land durch eine schwere Zeit zu bringen, von der niemand weiß, wie lange sie andauern wird. Um danach selbstbewusst in einen Wahlkampf zu ziehen. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.

Führungskräfte sollten Vertrauen aufbauen

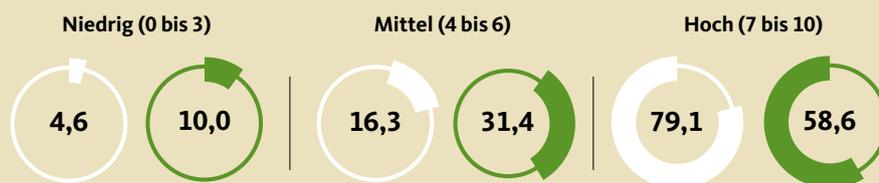
Erwerbstätige: Wer sich selbstbestimmt fühlt, ist zufriedener

Personen mit internaler Kontrollüberzeugung gehen davon aus, selbst Einfluss auf Ereignisse in der Zukunft ausüben zu können. Im Arbeitskontext vertrauen sie ihren Fähigkeiten, sind offen für Veränderungen und streben nach anspruchsvollen Aufgaben, die Eigeninitiative und Unabhängigkeit erfordern.

Personen mit externaler Kontrollüberzeugung glauben dagegen, eher fremdbestimmt zu sein. Arbeitserfolg hängt für sie vornehmlich von externen Faktoren ab. Sie wählen öfter Jobs mit Routinetätigkeiten und geringem Handlungsspielraum.

So viel Prozent der Erwerbstätigen ... im Alter von 17 bis 65 Jahren beurteilten ihre Arbeitszufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 10 wie folgt

- ... mit internaler Kontrollüberzeugung
- ... mit externaler Kontrollüberzeugung



Erwerbstätige, die sich selbstbestimmt fühlen, sind glücklicher. Fast 80 Prozent der Angestellten mit „internaler Kontrollüberzeugung“ geben ihre Arbeitszufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 10 mit mindestens 7 an. Diese Mitarbeiter vertrauen auf ihre Fähigkeiten, sind offen für Veränderungen und suchen anspruchsvolle Aufgaben. Personen, die sich selbst eher als fremdbestimmt wahrnehmen (externale Kontrollüberzeugung), sind im Beruf deutlich weniger zufrieden. Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft, das die Befragung durchgeführt hat, wünschen sich internal kontrollüberzeugte Beschäftigte weniger Lob, sondern vielmehr eine konstruktive Streit- und Feedbackkultur. Für Führungskräfte sei es deswegen wichtig, ein Vertrauensverhältnis zu ihnen aufzubauen.



Innerer Notstand

Das Grundgesetz sieht zur Bekämpfung von Bedrohungen der inneren Ordnung der Bundesrepublik Notstandsmaßnahmen vor. Auch Massenerkrankungen können als Bedrohung der inneren Ordnung gelten (GG. Art 35 Abs. 2.S.2). Allerdings greift hier zunächst das Infektionsschutzgesetz. Dieses regelt beispielsweise die Absage von Veranstaltungen, Tätigkeitsverbote oder das Abriegeln einer Ortschaft. Reichen diese Maßnahmen nicht aus, kann ein innerer Notstand angenommen werden. Die Abwehr solcher Gefahren ist in erster Linie Sache der Bundesländer. Die Bundesregierung kann außerdem Landesregierungen anweisen, Polizeikräfte oder Einheiten des Bundesgrenzschutzes zur Verfügung zu stellen. Artikel 87 des Grundgesetzes ermöglicht auch den Einsatz der Bundeswehr zu Bekämpfung des Notstandes. All diese Maßnahmen sind auf Verlangen des Bundestages oder des Bundesrates einzustellen.

Corona treibt Digitalisierung voran



Homeoffice und digitales Lernen haben während der Corona-Krise rasant zugenommen. Laut einer repräsentativen Befragung des Digitalverbandes Bitkom arbeitete Mitte März jeder fünfte Berufstätige im Homeoffice. Zwei Drittel der Bundesbürger bewerten Digitaltechnologien als hilfreich im Kampf gegen Corona. Bei einer zweiten Bitkom-Umfrage unter 500 Schülern gaben 93 Prozent an, dass digitale Medien den Unterricht interes-

santer machen. 60 Prozent gaben an, dass sie Lehrinhalte durch digitale Medien schneller und besser verstehen.



Die Große Koalition hat zur Unterstützung in der Corona-Krise milliardenschwere Hilfspakete von historischer Größenordnung beschlossen. Welche Hilfen gibt es für Unternehmen, Selbstständige und Gründer? Und was muss noch passieren?

CORONA-RETTUNGSSCHIRM

So kommen Unternehmen an Hilfen



Die Bewältigung der Corona-Pandemie bedeutet einen historischen Kraftakt für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Der Kampf gegen das Virus hat das öffentliche Leben bereits über viele Wochen lahmgelegt: Geschäfte und Restaurants wurden geschlossen, Lieferketten unterbrochen, Beschäftigte in Zwangsurlaub geschickt und Schulen und Kitas bleiben zu. Hunderttausenden Unternehmen – vom Solo-Selbstständigen bis zum DAX-Konzern – brechen die Einnahmen weg, während die Kosten weiterlaufen.

Im Rekordtempo haben Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat daher Hilfsmaßnahmen im dreistelligen Milliardenbereich beschlossen. Der Umfang der haushaltswirksamen Maßnahmen beträgt 353,3 Milliarden Euro, der Umfang der Garantien gar 819,7 Milliarden Euro. Zur Finanzierung lockert der Bund die Schuldenbremse und nimmt neue Kredite in Höhe von rund 156 Milliarden Euro auf. Neben Kliniken, Beschäftigten, Familien und Mietern kommen die Hilfen vor allem der Wirtschaft zugute, vom Solo-Selbstständigen bis zum Konzern.

Soforthilfen für Kleinunternehmen

Für kleine Unternehmen, Freiberufler und Solo-Selbstständige wurde ein Soforthilfeprogramm in Höhe von 50 Milliarden Euro aufgelegt. Zur Sicherstellung ihrer Liquidität erhalten sie eine Einmalzahlung für drei Monate. Betriebe mit bis zu fünf Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) erhalten bis zu 9.000 Euro, Betriebe mit bis zu zehn Mitarbeitern erhalten bis zu 15.000 Euro. Sofern der Vermieter die gewerbliche Miete um mindestens 20 Prozent reduziert, kann der nicht ausgeschöpfte Zuschuss auch für zwei weitere Monate eingesetzt werden. Voraussetzung ist, dass das Unternehmen vor März 2020 nicht in wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewesen ist und der Schadenseintritt nach dem 11. März eingetreten ist. Entscheidend ist, dass die Liquidität nicht reicht, um die laufenden Kosten wie Miete, Immobilienkredite oder Leasingverträge zu decken. Die Einmalzahlungen müssen nicht zurückgezahlt werden. Die Bewilligung der Anträge erfolgt durch die jeweiligen Länder oder Kommunen.

➤ Weitere Infos: www.bmwi.de

Startup-Unterstützung

Die Bundesregierung unterstützt Startups, junge Technologieunternehmen und kleine Mittelständler mit zusätzlichen zwei Milliarden Euro. Es ergänzt die bestehenden Unterstützungsprogramme um Maßnahmen, die speziell auf die Bedürfnisse von Startups zugeschnitten sind. Dazu zählen unter anderem zusätzliche Mittel für öffentliche Wagniskapitalinvestoren sowie Erleichterungen bei der Finanzierung für junge Startups ohne Wagniskapitalgeber und kleine Mittelständler. Parallel dazu wird derzeit ein eigener Zukunftsfonds für Startups abgestimmt.

➤ Weitere Infos: www.bmwi.de
(Suchbegriff Existenzgründung)

KfW-Sonderkredite

Über die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bietet der Bund gleich zwei Programme mit Hilfskrediten an. Zunächst wurde ein Sonderprogramm mit niedrigen Zinssätzen und vereinfachter Risikoprüfung bei Krediten bis zu drei Millionen Euro aufgesetzt. Der Staat übernimmt 80 bis 90 Prozent der Haftung. Da die Anforderungen an die Kreditwürdig-



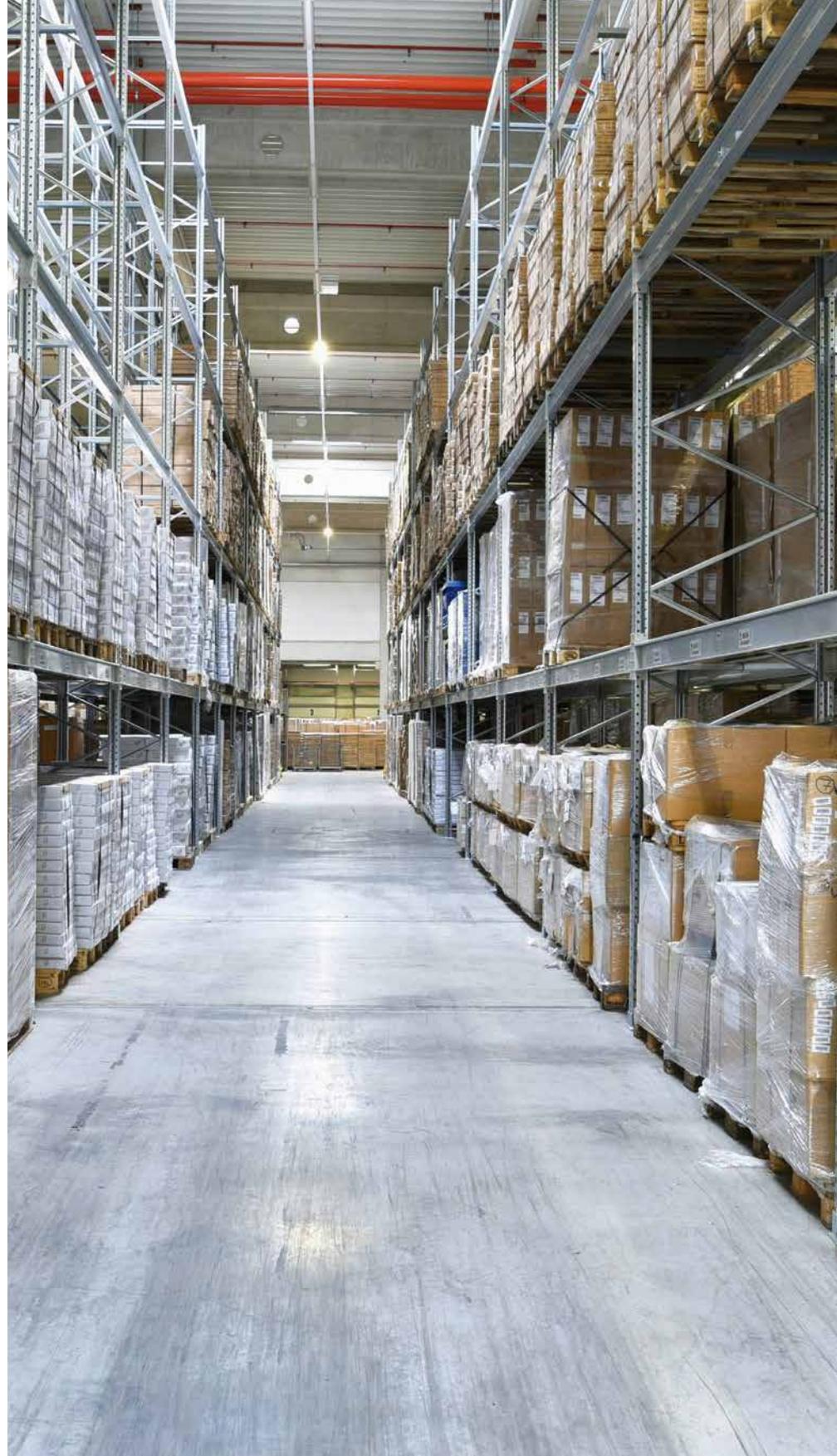
keit für viele Unternehmen aber noch immer zu groß waren, wurde im April zusätzlich ein weiterer KfW-Schnellkredit für Mittelständler mit mehr als zehn Beschäftigten beschlossen. Voraussetzung ist, dass der Betrieb 2019 oder im Durchschnitt der letzten drei Jahre einen Gewinn ausgewiesen hat. Das Kreditvolumen pro Unternehmen beträgt bis zu drei Monatsumsätze des Jahres 2019, maximal 500.000 Euro für Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeitern und maximal 800.000 Euro für Unternehmen mit über 50 Mitarbeitern. Der Zinssatz beträgt drei Prozent, die Laufzeit zehn Jahre. Die Bank erhält eine Haftungsfreistellung in Höhe von 100 Prozent durch die KfW, abgesichert durch eine Garantie des Bundes. Die Kreditbewilligung erfolgt ohne weitere Kreditrisikoprüfung durch die Hausbank oder die KfW. Unternehmen, denen der Zinssatz von drei Prozent zu hoch ist und die ausreichend Sicherheiten bieten, können auf das KfW-Sonderprogramm zurückgreifen. Eine spätere Umschuldung ohne Vorfälligkeitsentschädigung ist möglich, wenn zunächst der Schnellkredit ohne Sicherheiten in Anspruch genommen wird.

 Weitere Infos:
www.kfw.de

Flexibleres Kurzarbeitergeld

Rückwirkend zum 1. März 2020 sind Neuregelungen für einen leichteren Zugang zum Kurzarbeitergeld in Kraft getreten. Ein Betrieb kann Kurzarbeit anmelden, wenn mindestens zehn Prozent der Beschäftigten vom Arbeitsausfall betroffen sein könnten. Die Sozialversicherungsbeiträge soll die Bundesagentur für Arbeit künftig vollständig erstatten. Arbeitnehmer dürfen den Teil des bisherigen Nettolohns, der dann entfällt, anrechnungsfrei hinzuverdienen, egal ob als reguläre Beschäftigung oder Minijob.

 Weitere Infos: www.arbeitsagentur.de/corona-kurzarbeit



Während Supermarkt-Regale häufig leer gekauft wurden, blieben die Lagerbestände vieler Mittelständler gefüllt. Der Corona-Effekt auf die international stark verflochtene deutsche Wirtschaft ist enorm, da anders als bei der Finanzkrise 2007/2008 sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite betroffen ist.

Wirtschaftsstabilisierungsfonds

Ziel des Wirtschaftsstabilisierungsfonds ist es, Liquidität und Eigenmittelausstattung von großen, eigentlich gesunden Unternehmen zu sichern. Dazu gehören ein Garantierahmen von 400 Milliarden Euro zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen sowie Kreditermächtigungen zur Rekapitalisierung und zur Refinanzierung der KfW-Sonderprogramme. Zugang zu den Instrumenten erhalten Unternehmen ab 250 Arbeitnehmern, einer Bilanzsumme über 43 Millionen Euro und Umsatzerlösen über 50 Millionen Euro. Im Einzelfall können auch kleinere, infrastrukturelle Unternehmen profitieren.

➔ **Weitere Infos:**
www.wsf.bmw.de

Grundsicherung für Selbstständige

Selbstständige, vor allem Kleinunternehmer und sogenannte Solo-Selbstständige, sollen die Grundsicherung in einem vereinfachten Verfahren schnell und unbürokratisch erhalten. Dazu werden unter anderem die Vermögensprüfungen ausgesetzt und die tatsächlichen Aufwendungen für die Miete als angemessen anerkannt. Damit müssen nicht erst Betriebsvermögen angerechnet werden, bevor die Grundsicherung ausgezahlt wird. Lediglich bei besonders großen Vermögen gibt es weiter eine Vermögensanrechnung. Die Regelungen gelten zunächst bis zum 30. Juni 2020. Bei Bedarf können sie bis zum 31. Dezember 2020 verlängert werden.

➔ **Weitere Infos:**
www.arbeitsagentur.de/corona-faq-grundsicherung

Steuerliche Hilfsmaßnahmen

Von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen stehen weitere steuerliche Erleichterungen zur Verfügung. Fällige Steuerzahlungen können auf Antrag befristet und grundsätzlich zinsfrei gestundet werden. Anträge können bis



Jahresende beim Finanzamt gestellt werden. Betriebe müssen darlegen, dass sie unmittelbar betroffen sind. Schäden müssen aber nicht im Einzelnen belegt werden. Diese Maßnahme betrifft die Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie die Umsatzsteuer.

Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler können zudem die Höhe ihrer Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer anpassen lassen. Gleiches gilt für den Messbetrag für Zwecke der Gewerbesteuer-Vorauszahlungen. Hierfür können sie bei ihrem Finanzamt einen Antrag stellen. Sobald klar ist, dass die Einkünfte der Steuerpflichtigen im laufenden Jahr voraussichtlich geringer sein werden als vor der Corona-Pandemie erwartet, werden die Steuervorauszahlungen unkompliziert und schnell herabgesetzt.

Auf die Vollstreckung von überfälligen Steuerschulden soll bis Jahresende verzichtet werden. Säumniszuschläge, die in dieser Zeit gesetzlich anfallen, werden erlassen. Dies betrifft die Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie die Umsatzsteuer. Darüber hinaus sind für Beschäftigte Bonuszahlungen bis zu 1.500 Euro in diesem Jahr steuerfrei.

➔ **Weitere Infos:** www.bundesfinanzministerium.de/corona

Weitere Erleichterungen

Arbeitszeit: Das starre deutsche Arbeitszeitgesetz wird für besonders wichtige Branchen übergangsweise gelockert. So sollen täglich 12 Stunden

Arbeitszeit möglich sein und Ruhezeiten um zwei Stunden verkürzt werden können. Auch wird die „70-Tage-Regelung“ für Saisonarbeitskräfte bis 31. Oktober auf bis zu 115 Tage ausgeweitet. Zudem sollen Unternehmen kurzfristig und unbürokratisch eigene Arbeitnehmer anderen Unternehmen wie eigenes Personal zur Verfügung stellen können („Kollegenhilfe“).

Online-Versammlungen: Mit Regelungen zu virtuellen Versammlungen und elektronischen Beschlussfassungen bleiben Unternehmen handlungsfähig, auch wenn Präsenzveranstaltungen wie etwa Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften nicht stattfinden können.

Insolvenzrecht: Die Änderung des Insolvenzrechts erleichtert die Fortführung von Unternehmen, die infolge der Epidemie insolvent geworden sind oder wirtschaftliche Schwierigkeiten haben. Insolvenzantragspflicht und Zahlungsverbote werden bis 30. September 2020 ausgesetzt. Voraussetzung ist, dass unter Berücksichtigung der Hilfsmaßnahmen die Zahlungsunfähigkeit behoben werden kann und dass das Unternehmen nicht schon vor dem 31. Dezember 2019 insolvenzreife war. Es wird daher empfohlen, dies frühzeitig zu dokumentieren.

Sozialbeiträge: Für März und April konnten Arbeitgeber, die trotz beantragter Hilfsmaßnahmen Liquiditätsprobleme hatten, die Stundung der Sozialbeiträge unbürokratisch beantragen.

➔ **Weitere Infos:**
www.mit-bund.de/corona

Reichen die Hilfen?

Ob die gigantischen Hilfsmaßnahmen ausreichen, ist nicht absehbar. Dies hängt vor allem mit der Frage zusammen, wann die Wirtschaft wieder hochgefahren wird. Die meisten Ökonomen und die Bundesregierung rechnen damit, dass Deutschland in eine tiefe Rezession rutschen wird (siehe auch Seite 7). Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag warnt deshalb vor einer „Pleitewelle unvorstellbaren Ausmaßes“. Von der Zahl der Insolvenzen macht es auch der Bundesverband der deutschen Industrie abhängig, wie stark die Folgen für den Arbeitsmarkt werden. In der EU reichten die fiskalischen Stützungs- und Belebungsprogramme aber noch nicht aus. „In Europa kann und muss die

supranationale Ebene einen wesentlichen Beitrag leisten“, fordert BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang. „Nach dem Exit aus der Quarantäne muss ein lang angelegtes Wiederaufbauprogramm beginnen.“

Vor zu viel staatlichem Aktionismus warnt dagegen MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann. Er mahnt an, sich der Grenzen des Staates bewusst zu machen: „Wir können nicht große Teile des Bruttoinlandsproduktes durch Steuergelder ersetzen.“ Jeder werde sich daher auf Einbußen gefasst machen müssen. „Sobald wir wieder Licht am Ende des Tunnels sehen, werden wir die nun aufgenommenen Schulden und mögliche Staatsbeteiligungen schnell wieder zurückfahren und zu den bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zurückkehren müssen.“ Eine langfristige Staatsbeteiligung an Unternehmen gehört

für ihn nicht dazu. Beteiligungen solle es nur bei systemrelevanten Firmen geben – und erst dann, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Im Gesetz zum WSF sollte deshalb festgehalten werden, dass es das Ziel ist, die Beteiligungen des Staates schnellstmöglich zu beenden. „Generell sehe ich mit Sorge, dass derzeit viele politische Kräfte die Situation nutzen wollen, um über Beteiligungsinstrumente und Haftungsvergemeinschaftungen das durchzudrücken, was sie vor der Krise nicht durchbekommen haben“, sagt Linnemann. „Wenn wir hier nicht aufpassen, werden wir unsere Soziale Marktwirtschaft nicht wiedererkennen.“



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

Anzeige

Stiften Sie Bildungserfolg!

Das Deutschlandstipendium: Talent trifft Förderung.

 Bundesministerium für Bildung und Forschung

Zum Jubiläum seiner Niederlassung wünschte sich Architekt **Norbert Hippler** Spenden für das Deutschlandstipendium. Jetzt fördert er **Wladimir Sawin**, Student an der HTWK Leipzig. Beide sind Teil eines wachsenden Netzwerkes, das Bund, Hochschulen und private Förderer gemeinsam etabliert haben.

deutschlandstipendium.de

Deutschland STIPENDIUM



CORONA-KRISE

Wie erleben unsere Mitglieder die Corona-Krise?

Der Mittelstand ächzt unter den Folgen der Corona-Krise. Trotz umfangreicher Soforthilfemaßnahmen werden die wirtschaftlichen Folgen gravierend sein. Hier berichten unsere Mitglieder und weitere Unternehmer, was Corona für sie und ihre Unternehmen bedeutet.

Mieterschutz wird von Konzernen missbraucht

Der Staat wollte Mieter in der Corona-Krise vor Kündigungen schützen. Doch stattdessen wird der Mieterschutz von Konzernen missbraucht. Das prominenteste Beispiel ist der Milliardenkonzern Adidas, der seine Mietzahlungen aussetzen wollte. Erst nach einem öffentlichen Aufschrei wich der Konzern wieder davon ab. Auch andere Unternehmen versuchen es nun mit dieser Masche. Ich vermiete beispielsweise eine Filiale an die Schuhkette Reno. In einem Brief wurde mir mitgeteilt, dass die Miete für April und Mai nicht gezahlt werde. Kein Wort von Stundung, mein gewerblicher Mieter kündigte mir sofort die Nichtzahlung der Miete an. Außerdem wurde angekündigt, auf Grund der bereits gezahlten März-Miete die Miete im Juni nur zu Hälfte zu zahlen.

Gedacht war die gesetzliche Mietenregelung aber doch in Wahrheit für private Wohnungsmieter, die durch Kurzarbeit oder gar Arbeitslosigkeit in Schwierigkeiten geraten sind. Auch kleine Mittelständler wie Gastwirte, Friseure oder Handwerker sollten geschützt werden. Aber dass nun große Konzerne von der Regelung profitieren, war sicherlich nicht im Sinne des Gesetzgebers. Für mich ist die Vermietung eine Geldanlage und Teil der Altersvorsorge.

Das Gesetz weist einen massiven Konstruktionsfehler auf. Diesen nun stattfindenden Missbrauch hätte man

ganz leicht vermeiden können, indem man zum Beispiel verpflichtend einen Nachweis der Liquiditätsschwierigkeiten als Voraussetzung der Stundung im Gesetzestext vorgeschrieben hätte. Bei gewerblichen Mietern hätte eine Umsatzobergrenze im Gesetz festgeschrieben werden müssen. Diese Oberflächlichkeit in der Gesetzgebung ist auch durch den Zeitdruck nicht zu entschuldigen. Zwei Nebensätze im Gesetz hätten ausgereicht, um die zahlreiche gewerbliche Vermieter vor existenzbedrohenden Liquiditätssengpässen zu schützen.



Manfred Herz ist Kreisvorsitzender der Mittelstandsunion Starnberg sowie Vermieter von Gewerbeimmobilien

Erntehelfer dringend gesucht

Wegen der Corona-Krise galt für Saisonarbeitskräfte und Erntehelfer ein Einreiseverbot. Wir bauen auf neun Hektar Spargel an. Nach Ostern beginnt beim Spargelstechen die Hauptsaison. Das Einreiseverbot hätte für uns bedeutet, dass ein Teil der Ernte verloren gegangen wäre.

Mittlerweile durften glücklicherweise Erntehelfer einreisen. Auch der hessische MIT-Vorsitzende Marco Reuter und der Chef der MIT Bergstraße, Matthias Wilkes, haben sich erfolgreich dafür stark gemacht. Jetzt arbeiten zehn Erntehelfer bei uns auf dem Hof. Vier sollen noch dazu kommen. Letzten Jahr waren bei uns allerdings 30 Helfer im Einsatz. Die Handernte muss also mit Notbesetzung erledigt werden. Der Rest muss, soweit möglich, maschinell geerntet werden. Dafür konnten wir den Prototypen eines maschinellen Spargelernters organisieren.

Ich bin froh, dass für die Erntehelfer eine schnelle Lösung gefunden werden konnte. Aber auch nach der Ernte wird es schwierig. Uns fehlt ein großer Teil des Absatzmarktes. Ich

Manfred Herz vermietet Immobilien im Großraum München, so auch diese Reno-Filiale. Der Schuhhändler hat angekündigt, die Miete im April und Mai nicht zu zahlen.





Die Spargelernte ist vorerst gesichert. Der Verkauf dürfte aufgrund der geschlossenen Gastronomie jedoch schwierig werden, befürchtet Landwirt Werner Hartmann.



denke dabei nicht nur an die Gastronomie, sondern auch an Werkskantinen. Diese Krise betrifft den ganzen Mittelstand – und der hat schon vor der Krise unter der steigenden Bürokratie und immer neuen Gesetzen gelitten.



Werner Hartmann ist Landwirt und Ehrenvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Bergstraße

Die Sofortmaßnahmen greifen zu kurz

Unternehmerisches Risiko – das wird jetzt für viele Mittelständler erlebbar. Mein Bildungsbetrieb mit seinen einhundert Mitarbeitern wurde komplett geschlossen. Fünfzig Fahrzeuge habe ich stillgelegt und meine Mitarbeiter auf Kurzarbeitergeld null gesetzt. Meine Aufgabe ist es nun, ihre Arbeitsplätze irgendwie durch diese Krise zu retten. Die Politik verspricht, dass kein gesundes Unternehmen sterben muss und keine Mitarbeiter entlassen werden. Das ist gut gemeint, bleibt aber Augenwischerei. Das Gegenteil ist richtig.

Die „Sofortmaßnahmen“ für Firmen bis 50 Mitarbeiter betragen bis zu 30 000 Euro – einmalig. Das ist angesichts der weiterlaufenden Kosten ohne Umsätze ein Tropfen auf den heißen Stein. Und es ist an eine Bedingung geknüpft: „Vor Inanspruchnahme der Soforthilfe ist verfügbares liquides Privatvermögen einzusetzen.“ Und Überbrückungsdarlehen mit 90 Prozent Ausfallbürgschaft der KWF? Erst im Kleingedruckten erfährt man, dass die selbstschuldnerische Bürgschaft in Darlehenshöhe obligatorisch ist.

Viele Mittelständler sind von der Politik und der Lage frustriert. Sie wollen nicht noch mehr ins persönliche Ri-



Derzeit sind die Mitarbeiter von Harald Pohlmanns Fahrschul-Gruppe Zöllner in Kurzarbeit.

siko gehen. Viele wollen oder müssen sich vom Markt und den Mitarbeitern für immer verabschieden. Das ist dann erlebtes, unternehmerisches Risiko.



Dr. Harald Pohlmann ist geschäftsführender Gesellschafter der größten Fahrschule Deutschlands

Unternehmen brauchen einen Fahrplan

Bisher hat die Bundesregierung vieles richtig gemacht. Natürlich verlagern staatlich unterstützte Kredite und Steuererleichterungen viele Probleme nur in die Zukunft. Aber gerade für kleine Mittelständler ist die unbürokratische Unterstützung hilfreich. Da wir jedoch noch nie vor so einer Aufgaben standen, wird sich erst in der Rückschau bewerten lassen, wie sinnvoll die Maßnahmen im Einzelnen sind.

Mein Unternehmen, die HDO Druckguß- und Oberflächentechnik GmbH, versucht, mit Kurzarbeit über die Runden zu kommen. Wir haben drei Standorte, alle sind aktuell für zwei Wochen geschlossen. Die Umsatzeinbrüche hielten sich zu Beginn der Krise in Grenzen, jetzt betragen sie aber zwischen 50 und 70 Prozent. Dies wird auch in den nächsten Monaten so weiter gehen. Selbst für solide, eigentlich gesunde Unternehmen werden das harte Zeiten.

Ich betreibe auch Hotels und Ferienhäuser. Hier ist die Situation noch viel angespannter, denn eigentlich würde jetzt die Saison beginnen. Auch ist die Eigenkapitalsituation in dieser Branche generell sehr schlecht. Viele Tourismus- und Gastronomiebetriebe werden trotz staatlicher Unterstützung nicht überleben.

Die Unternehmer benötigen in dieser Lage eine Perspektive. Meiner Meinung nach ist es unverantwortlich, auf Sicht zu fahren. Die Unsicherheit wird jeden Tag größer. Wir brauchen einen Fahrplan der Regierung: Bei welchen Pandemie-Kennzahlen erfolgen welche Schritte zur Lockerung der Maßnahmen?



Werner Beneken ist Inhaber und Geschäftsführer der HDO Druckguß- und Oberflächentechnik GmbH in Paderborn



Der Paderborner Druckguss-Spezialist HDO hat seinen Betrieb an drei Standorten für mehrere Wochen stillgelegt.



DIE KRISE ALS CHANCE

Wie geht es nach Corona weiter?

Stephan Pilsinger ist Arzt und seit 2017 Bundestagsabgeordneter für seinen Wahlkreis in München. Er sitzt im Ausschuss für Gesundheit und ist Co-Vorsitzender der MIT-Gesundheitskommission. „Als Arzt und Gesundheitspolitiker betrachte ich die aktuelle Situation vor allem aus medizinischer Sicht. Zweifelsohne gehört das deutsche Gesundheitssystem zu den Besten der Welt“, sagt Pilsinger. „Mit unseren hervorragend ausgebildeten Fachkräften und einem dichten Netz an Arztpraxen, Kliniken, Apotheken und Forschungseinrichtungen können wir Erkrankte bestmöglich versorgen. Auch die Zusammenarbeit der Behörden vor Ort sowie die Expertise und Umsichtigkeit des Robert-Koch-Instituts haben es uns ermöglicht, lokale Ausbrüche früh zu erkennen und Erkrankte schnell zu isolieren“, stellt er fest. Deshalb sei Deutschland momentan in der Lage, Patienten aus anderen europäischen Ländern aufzunehmen und zu versorgen.

„Staatliche Hilfen dürfen kein Selbstzweck sein.“

Philipp Amthor

Welche Auswirkungen diese Krise auf Deutschland oder die Welt haben werde, sei noch nicht absehbar. „Aktuell sehe ich aber, dass die Gesellschaft in dieser Krise einen beispiellosen Zusammenhalt beweist.“ Die Bürger nähmen Anteil am Schicksal anderer und zeigten Solidarität gegenüber älteren und schutzbedürftigen Menschen. „Werte wie Nächstenliebe und Mitgefühl

rücken den Vordergrund“, beschreibt Pilsinger seine Beobachtungen. Für ihn sei dies ein deutliches Zeichen, dass die Gesellschaft in Notzeiten gemeinsam Bemerkenswertes leisten könne. „Ich bin davon überzeugt, dass uns dieser Zusammenhalt auch nach der Krise noch begleiten wird.“

Freiheit muss erhalten bleiben

Auch der Bundestagsabgeordnete und Bundesschatzmeister der Jungen Union, Philipp Amthor, erlebt momentan eine starke Zivilgesellschaft: Viele Menschen setzten sich derzeit für den Staat und die Gesellschaft ein. „Statt bloßem Individualismus erstarkt vielerorts der Gemeinschaftssinn. Gleichzeitig erleben wir aber auch die größten Freiheitseinschränkungen seit Bestehen des Grundgesetzes“, so der Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern. Diese Einschränkungen stießen zwar auf große Akzeptanz in der Bevölkerung. „Wir dürften aber nie vergessen, dass sie rechtlich und insbesondere verfassungsrechtlich in keiner Weise einer Normallage entsprechen.“ Zwar gelte der Satz, dass besondere Zeiten besondere Maßnahmen erforderten. „Aber dieser Satz beinhaltet in meinem Verständnis nicht nur eine Begründung für das Treffen von Maßnahmen. Er beinhaltet auch das Versprechen, dass diese Maßnahmen konsequent auf besondere Zeiten beschränkt bleiben.“

Auch in der Wirtschaftspolitik fordert MIT-Mitglied Amthor Augenmaß: „Der alte Satz, dass der Staat niemals der bessere Unternehmer ist, gilt auch in Krisenzeiten.“ Gerade Zeiten der Krise müssten auch Zeiten der ordnungspolitischen Vernunft sein. „Staatliche Hilfen dürfen kein Selbstzweck sein. Stattdessen müssen sie darauf abzielen,

Das Corona-Virus stellt unseren Alltag auf den Kopf, vernichtet Arbeitsplätze und ändert unseren Blick auf die Welt. Wir haben Politiker nach ihrer Prognose für die Zeit nach der Krise gefragt: Wird alles schlechter oder bieten sich auch Chancen?

die Marktkräfte zu reaktivieren und die Unternehmen zu befähigen, sich selbst wieder aus der Krise zu entfesseln. Wir müssen wachsam bleiben, dass Krisenhilfen nicht instrumentalisiert werden, um mit staatlichen Eingriffen politische Anliegen durchzusetzen“, mahnt Amthor.

Vor allem für die Union müsse es zudem ein Herzensanliegen sein, dass die Corona-Krise nicht zu einer Spaltung der EU führe. „Für die Zukunft erhoffe ich mir auf europäischer Ebene einen Schub für eine erfolgreiche, europäische Industriepolitik und eine klarere Industriestrategie, damit wir unsere wirtschaftliche Abhängigkeit, etwa im Bereich der Medizinprodukte, reduzieren können“, so Amthor.

Fortschritte in der Digitalisierung erhalten

Die saarländische Bundestagsabgeordnete Nadine Schön zitiert eine englische Regel: Never waste a good crisis – Lass keine Krise ungenutzt. „Das beschreibt gut, was derzeit in vielen Unternehmen, aber auch in Politik und Verwaltung erlebt wird“, findet die für Digitalthemen und Familienpolitik zuständige Vizevorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Viele Unternehmen seien beim Thema Digitalisierung von null auf hundert gegangen. „Was bleibt? Hoffentlich die Erkenntnis, dass es nicht so kompliziert ist, wenn alle online an einem Dokument arbeiten oder man sich auf dem Bildschirm sieht, anstatt quer durch Deutschland zu reisen.“

Die Politik habe reagieren müssen und beispielsweise die Arbeitszeitregeln flexibilisiert. Die Abgeordnete hofft, dass die Politik den Mut behält, auch im Normalmodus zu flexibleren Lösungen zu kommen. „Vertrauen, Absprachen und Selbstmanagement sind zeitgemäßer als starre Regeln“, sagt sie. Auch das Bild, das die Bürger von der

Verwaltung und den Behörden hätten, ändere sich gerade. „In der Krise haben wir festgestellt, dass die Verwaltung gut funktioniert. Was bleibt? Hoffentlich die Erkenntnis, dass sie besser und schneller sein kann, wenn Verfahren digitalisiert sind. Die jetzige schnelle Abwicklung von digitalen Förderanträgen muss Inspiration für eine schnellere Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes sein“, fordert Schön. Der Krisenmodus beschleunige gerade dringend benötigte Veränderungsprozesse in Wirtschaft und Verwaltung. „Verschenden wir diese Chance nicht!“

Demokratie mit Mundschutz

Die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Jana Schimke ist stellvertretende Bundesvorsitzende der MIT und leitet die MIT-Kommission für Arbeit und Soziales. „Wir haben immer gewusst, dass es eine Zeit nach Hochkonjunktur, Vollbeschäftigung und Rekordsteuereinnahmen geben wird. Was wir nicht wussten, war, wann und wie es uns trifft. Jetzt wissen wir es“, erklärt sie. Corona und die Notstandsmaßnahmen brächten alles ins Wanken, was bislang sicher erschien – volle Auftragsbücher, der Arbeitsplatz, Wohlstand und Gesundheit. „Binnen kürzester Zeit wurden Gelder in schwindelerregender Höhe bereitgestellt, parlamentarische Rechte eingeschränkt und unsere Freiheit auf eine harte Probe gestellt“, beschreibt Schimke die Lage. Mindestens so wichtig wie die Stärkung der heimischen Wirtschaft und des Gesundheitssystems sei für sie die schnelle Rückkehr zu allen demokratischen Rechten und Pflichten, die das Grundgesetz vorsehe. Schimke: „Die Lehre, die wir aus Corona ziehen sollten, ist der Wert unserer Freiheit, verbrieft in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung – gerne auch mit Mundschutz.“



Micha Knodt
Volontär
knodt@mit-bund.de



Sehen nicht nur Risiken, sondern auch Chancen: Die Bundestagsabgeordneten Stephan Pilsinger, Philipp Amthor, Nadine Schön und Jana Schimke





ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR

Der Staat als Busfahrer

Immer mehr Kommunen organisieren ihren öffentlichen Personennahverkehr selbst. Die mittelständische Omnibuswirtschaft geht leer aus – obwohl sie durch EU-Recht geschützt werden sollte.

Sandra Schnarrenberger ist eine typische mittelständische Busunternehmerin. Seit siebzig Jahren bedient ihre Gairing Omnibusverkehr GmbH den Busverkehr im bayerischen Neu-Ulm. Ihr Unternehmen hat rund 20 Busse. Wie sie haben die meisten Unternehmen der Branche kleine Flotten und sind lokal gebunden, da sie meist nur bestimmte Linien oder einzelne Verkehrsgebiete bedienen. Sandra Schnarrenberger kennt die Branche und sie kennt Politik: Sie ist Präsidentin des Landesverbands Bayerischer Omnibusunternehmen und war Mitglied im MIT-Bundesvorstand. „Lange Zeit war die Omnibuswirtschaft ein relativ sicheres Geschäftsfeld“, erzählt sie. Zwar sei das Geschäft mit hohen

Investitionskosten, vor allem durch die Anschaffung der Busse, verbunden gewesen. „Dadurch waren die Gewinnmargen klein. Gleichzeitig waren die Unternehmen aber langfristig abgesichert. Wer keine groben Fehler machte, konnte davon ausgehen, dass der Vertrag verlängert wird“, so Schnarrenberger. Doch seit einigen Jahren kippt das. Kommunen nehmen den privaten Unternehmen immer mehr Geschäft ab. Dabei, so der Vorwurf der Busunternehmer, werde es meistens teurer für die Bürger und auch die Effizienz leide.

Das erste Problem war eine eigentlich gut gemeinte EU-Vorschrift: Mit der Verordnung 1370 reformierte die Europäische Union die Vergaben von Personenverkehrsleistungen. Wie zu-



Deutscher Sonderweg

„Auf Europaebene haben viele Abgeordnete der CDU/CSU für Möglichkeiten gekämpft, um den hiesigen Mittelstand zu erhalten“, sagt Schnarrenberger. Bei der Umsetzung der EU-Verordnung in deutsches Recht wurde neben der europaweiten Ausschreibung auch die Möglichkeit der Direktvergabe festgeschrieben. Die Aufgabenträger des ÖPNV, meist sind das Kreise oder kreisfreie Städte, haben seitdem die Möglichkeit, den ÖPNV direkt an ein privatwirtschaftliches Unternehmen zu vergeben. Alternativ können sie den Auftrag auch an ein kommunales Unternehmen vergeben. Das kommunale Unternehmen muss zu 100 Prozent zur Stadt oder dem Kreis gehören. Der Direktvergabe an Private sind allerdings Grenzen gesetzt. Das Auftragsvolumen darf einen geschätzten Jahresdurchschnittswert von einer Million oder eine jährliche Personenverkehrsleistung von 300 000 Kilometern nicht überschreiten. Bei der Vergabe an ein mittelständisches Unternehmen mit maximal 23 Fahrzeugen sind diese Grenzwerte verdoppelt.

„Mit dieser Regelung waren wir Omnibusunternehmer der Meinung, dass wir unsere Strukturen erhalten können“, berichtet Schnarrenberger. „In den Jahren nach der Reform mussten wir aber feststellen, dass die Aufgabenträger von der Möglichkeit der Direktvergabe an kleine familiengeführte Unternehmen kaum Gebrauch machen.“ Stattdessen bemühen sich die Aufgabenträger, die Direktvergabe vor allem für kommunale Unternehmen anzuwenden. Laut Zahlen des Bundesverbandes der Omnibusunternehmer und der DB Regio Bus wurden zwischen 2008 und 2016 rund 1,2 Milliarden Kilometer im ÖPNV direkt vergeben. 96 Prozent gingen an kommunale Verkehrsunternehmen, vier Prozent an

privatwirtschaftliche Unternehmen. Damit war genau das Gegenteil dessen passiert was die Politiker mit der Regelung damals bezweckt hatten: die Direktvergabe an Private wurde die Ausnahme, die an kommunale Unternehmen die Regel.

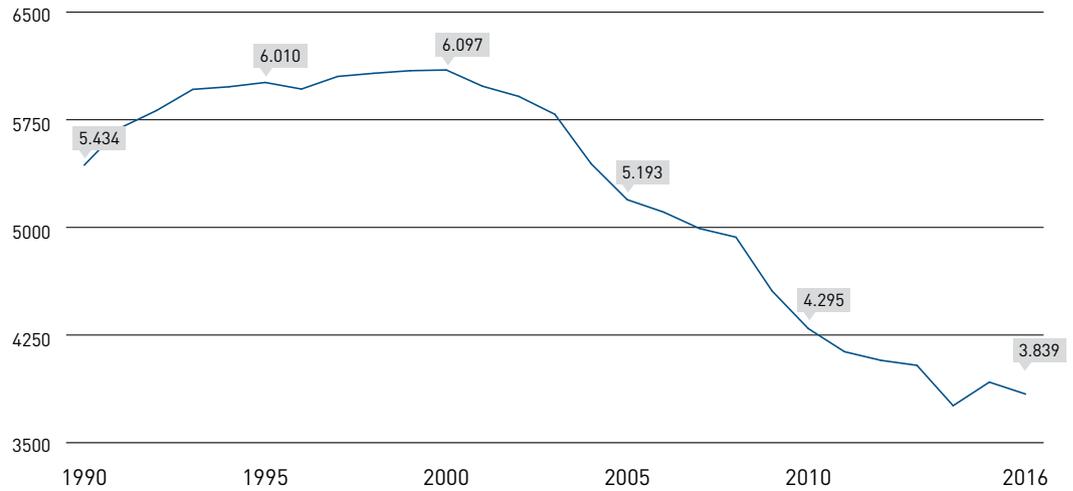
Pforzheimer Verhältnisse verhindern

Viele Unternehmen nehmen diese Praxis der Aufgabenträger nicht einfach so hin. Der Rechtsanwalt Clemens Antweiler hat schon mehrfach im Auftrag von Verkehrsunternehmen gegen ÖPNV-Vergaben geklagt: „Kommunen und Kreise mit eigenen Verkehrsunternehmen haben natürlich ein Interesse daran, dass ihre Verkehrsunternehmen nicht leer ausgehen.“ Der Fall Pforzheim sei maßgeblich für diese Entwicklung gewesen, berichtet Antweiler: „Dort kam es 2016 dazu, dass die Stadtwerke Pforzheim in allen Vergabeverfahren gegen eine Gesellschaft der DB Regio unterlagen.“ Im kommunalen Bereich habe es einen Aufschrei gegeben – Pforzheimer Verhältnisse müssten unbedingt verhindert werden. Aus Sicht von Antweiler versuchen die Aufgabenträger seitdem „Direktvergaben um jeden Preis“.

Die Aufgabenträger sind bei einer geplanten Direktvergabe verpflichtet, diese im Amtsblatt der EU anzukündigen. „Auf Grund dieser Veröffentlichungen haben einige Verkehrsunternehmen die Rechtsauffassung vertreten, dass eine Direktvergabe nicht zulässig ist, weil es sich bei den jeweiligen Verträgen nicht um eine Dienstleistungskonzession, sondern um klassische öffentliche Dienstleistungsaufträge handelt“, berichtet Antweiler. Normalerweise seien Zuschüssen des Staates an Unternehmen nach EU-Recht verboten. „Für den Sektor Verkehr hat die EU Sonderregelungen geschaffen, da der ÖPNV ohne Zuschüsse nicht organisiert

vor in vielen anderen Bereichen geschehen, sollten die Linien des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) künftig europaweit ausgeschrieben werden. Dieses System war für viele EU-Länder gut geeignet. In Frankreich beispielsweise wird der Markt für den ÖPNV von vier großen Unternehmen kontrolliert. Auf einem solchen Markt dient die öffentliche Ausschreibung dem Wettbewerb. Doch für die mittelständischen Verkehrsunternehmen in Deutschland schien die Reform zum Problem zu werden. In den europaweiten Ausschreibungen hätten sie gegen Unternehmen antreten müssen, die ein Vielfaches ihrer Größe haben. Der Verlust der Konzession hätte für viele das Aus bedeutet, da sie ihren einzigen Auftraggeber verloren hätten.

**Anzahl privater
Busunternehmen
in Deutschland
1990–2016**



Hinweis: Eingeschränkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden um 1990, 2003-2005 und 2010
Quelle: Statistisches Bundesamt 2018
Stand: 05/2018

werden kann. Öffentliche Ausschreibungen sind aus beihilferechtlicher Sicht vertretbar, da das Unternehmen gewinnt, welches die geringsten Zuschüsse verlangt“, erklärt Antweiler. Bei der Direktvergabe sei dies anders. Hierbei handele es sich immer um eine Konzession, nicht um einen Auftrag. „Dienstleistungskonzessionen sind aber dadurch gekennzeichnet, dass der Auftragnehmer das wesentliche Betriebsrisiko trägt“, so Antweiler. Wenn der ÖPNV aber von einem kommunalen Unternehmen betrieben wird, liegt das Betriebsrisiko nicht bei der Kommune, sondern beim Steuerzahler. Er muss letztendlich dafür einstehen, wenn das kommunale Unternehmen nicht wirtschaftlich arbeitet. „In der Praxis sind die meisten Verträge im ÖPNV keine Konzessionen, sondern klassische Dienstleistungsaufträge. Die Möglichkeit der Direktvergabe besteht nicht“, erklärt Antweiler und verweist auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 21. März 2019.

Verstaatlichter Markt

Nachdem die Direktvergabe durch das Urteil des EuGH weitgehend ausgeschlossen ist, weichen die Aufgabenträger auf Inhouse-Geschäfte aus. Dabei entfallen die Vorgaben des Vergaberechts. Auch nutzen die Aufgabenträger jede Möglichkeit, um die Laufzeiten der Konzessionen zu

erhöhen. Die Höchstlaufzeit für Direktvergaben von Buslinien im ÖPNV liegt eigentlich bei zehn Jahren. Kommen aber noch andere Verkehrsmittel hinzu, etwa Schienenverkehr, kann die Höchstlaufzeit steigen. Antweiler hatte im Auftrag von drei Busunternehmen gegen die Direktvergabe im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr geklagt: „Wir reden hier über eine Vertragslaufzeit von 22,5 Jahren mit einem Gesamtvolumen von mehr als 70 Milliarden Euro. Das sind zehn Berliner Flughäfen.“ Dass das Oberlandesgericht Düsseldorf die Direktvergabe dennoch genehmigte, ist für Antweiler unverständlich: „Der europäische Gerichtshof betont in seiner Rechtsprechung, dass Ausnahmeregelungen für Direktvergaben eng auszulegen sind. Was hier passiert, steht in klarem Widerspruch zum EU-Recht.“ Das letzte Wort sei aber noch nicht gesprochen, aktuell liefen mehrere Verfassungsbeschwerden gegen Beschlüsse des Oberlandesgerichts Düsseldorf. „Die EU-Kommission hat schon angekündigt, gegen bestimmte Direktvergaben vorzugehen“, berichtet Antweiler.

Sandra Schnarrenberger hat kein Verständnis für das Verhalten der Aufgabenträger: „Die Entscheidungsträger schirmen ihre kommunalen Unternehmen für über 20 Jahre vor dem Wettbewerb ab. Ihre vor Ort ansässigen Mittelständler schicken sie

aber in die europaweiten Ausschreibungen, obwohl sie auch für sie eine Direktvergabe durchführen könnten.“ Ihre Forderung: Die kommunalen Unternehmen dürften sich nicht auf Kosten der Privatwirtschaft ausbreiten. „Kleinunternehmer mit 20 oder 30 Bussen hören reihenweise auf. Um die Missstände rückgängig zu machen, müssen mindestens zehn Prozent der Konzessionen an Mittelständler vergeben werden. Wenn es so weitergeht, wird der ÖPNV endgültig zu einem abgeschotteten, verstaatlichten Markt – mit allen damit verbundenen Folgen“, prognostiziert Schnarrenberger. Sie rechnet vor allem mit steigenden Kosten, die letztendlich die Allgemeinheit zu tragen hätte. Auch die Fahrgäste könnten zu den Leidtragenden zählen: „Die Verkehrsplanung erfolgt nicht mehr nach den Bedürfnissen der Fahrgäste, sondern nach vorgeschriebenen Gesetzen und Regeln. Ich erlaube mir zu sagen, dass wir für unsere Kunden immer der direktere Ansprechpartner waren und auf Kundenwünsche schneller eingegangen sind. Das ist zumindest die Rückmeldung unserer Fahrgäste, auf die ich sehr stolz bin“, berichtet sie. ●



Micha Knodt
Volontär
knodt@mit-bund.de

„Unternehmerisches Engagement wirkt!“

Manuela Roßbach,
geschäftsführende
Vorständin Aktion
Deutschland Hilft

Als Unternehmen ein Zeichen zu setzen und soziale Verantwortung zu übernehmen zahlt sich aus! Denn die Hilfe kommt Menschen in Not zugute – und gleichzeitig stärken Sie das Engagement Ihrer Mitarbeiter.

In humanitären Notsituationen sind Unternehmen wertvolle Partner. An unserer Seite können sie entscheidend zu überlebenswichtiger Nothilfe und wirksamer Katastrophenvorsorge in Krisengebieten beitragen.

Unternehmerisches Handeln und soziales Engagement gehören fest zusammen. Immer mehr Unternehmen unterstützen Hilfsprojekte, die mit ihrem Kerngeschäft in Verbindung stehen. Diese Zusammenarbeit bietet großartige Chancen!

Hand in Hand lassen sich innovative Ansätze entwickeln. Das kann für Menschen in Not nachhaltig etwas verändern. Am besten geht das mit einem starken Partner, der weiß, worauf es ankommt – also mit einer Hilfsorganisation, die in der Zusammenarbeit mit Firmen erfahren ist.

Liebe Leserinnen und Leser des Mittelstandsmagazins, mit Spenden können Sie mit Ihrem Unternehmen langfristig helfen. Bitte unterstützen Sie die weltweite Corona-Nothilfe unseres Bündnisses heute mit Ihrer Spende. Unsere Hilfsorganisationen leisten den Menschen Nothilfe. In Deutschland und weltweit. Gerade Familien, die ohnehin unter Hunger und Krieg leiden, trifft das Virus besonders hart. Vielen Dank für Ihre Hilfe!

Ihre

Manuela Roßbach

Geschäftsführende Vorständin
von Aktion Deutschland Hilft

PS: Wenn auch Sie sich als Unternehmen engagieren möchten – unser Team berät Sie sehr gerne!

ALS UNTERNEHMEN HELFEN

Das Coronavirus verändert alles. In Deutschland und auf der ganzen Welt. Die Herausforderungen sind immens. Doch gemeinsam können wir die Krise bewältigen. Aktion Deutschland Hilft ist auch jetzt Ihr starker Partner für unternehmerisches Engagement.

Gemeinsam werden wir der Pandemie entgegenwirken!

Aktion Deutschland Hilft ist das starke Bündnis von 23 Hilfsorganisationen. Wir stehen den Menschen zur Seite, wenn große Katastrophen die Menschheit erschüttern. Gemeinsam, schnell und koordiniert. Wir weiten unsere weltweite Corona-Nothilfe massiv aus: in Deutschland und in ärmeren Ländern, die das Virus besonders hart trifft. Engagieren Sie sich jetzt mit Ihrem Unternehmen und helfen Sie uns, Leben zu retten!



Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30
www.Aktion-Deutschland-Hilft.de/Unternehmen



So können Sie als Unternehmen helfen

- Spenden für unsere Corona-Nothilfe
- Mitarbeiterspendensammlung im Unternehmen
- Förderung eines konkreten Hilfsprojekts

Wir beraten Ihr Unternehmen individuell und persönlich!

E-Mail: marketing@Aktion-Deutschland-Hilft.de
Telefon: 0228 242 92-420

Friedrich Merz hat das Coronavirus am eigenen Leib erfahren. Am letzten Tag seiner Quarantäne spricht der Kandidat für den CDU-Vorsitz mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben über das Virus, die wirtschaftlichen Folgen und den parteiinternen Wettstreit.



„Wir müssen uns auf erhebliche Wohlstandsverluste einstellen“

Herr Merz, wie geht es Ihnen?

Merz: Danke, gut. Wobei: Mir ging es nie richtig schlecht. Aber inzwischen sind auch die Grippe-Symptome weg, die ich hatte.

Sie waren der erste CDU-Spitzenpolitiker, bei dem Corona nachgewiesen wurde. Was war das für ein Gefühl, als Sie die Diagnose bekommen haben?

Ich hatte schon leichte Symptome. Insofern wusste ich, auf was ich mich einzustellen habe. Es ist dann zum Glück auch nicht wesentlich schlimmer geworden, aber es hat länger gedauert, als ich dachte. Ich hatte zum Schluss einen ziemlich lästigen Schnupfen. Der ist dann aber auch nach ein paar Tagen verschwunden. Angst hatte ich nie.

Haben Sie sich auch gefragt: Warum fahren wir die ganze Weltwirtschaft runter für etwas, das sich relativ harmlos anfühlt?

Naja, was sich bei einem persönlich harmlos anfühlt, muss ja nicht für die ganze Menschheit harmlos bleiben. Insofern waren die Entscheidungen richtig, die die Staaten getroffen haben, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, jetzt die Verbreitung so weit wie möglich zu strecken und das Gesundheitssystem darauf vorzubereiten, dass es dann eben einen etwas flacheren, aber immer noch dramatischen Verlauf der Erkrankung geben könnte. Man darf nicht von seinem persönlichen Wohl- oder Unwohlfinden auf die ganze Gesellschaft schließen.

Die Staaten haben ja sehr unterschiedlich reagiert. Singapur zum Beispiel

hat sehr früh die Grenzen nach China geschlossen und alle Infizierten und ihre Kontaktpersonen per Datenanalyse aufgespürt und isoliert.

Autoritäre politische Systeme können anders agieren als freie, offene Gesellschaften. Wenn ich von Staatengemeinschaft spreche, dann meine ich vor allem die Staatengemeinschaft der westlichen Welt, der Europäischen Union. Und hier hat es ja doch ein mehr oder weniger gleichgerichtetes Handeln der Regierungen gegeben. Ich denke, es ist auch aus heutiger Sicht richtig gewesen, so zu entscheiden. Man wird aus der Rückschau vielleicht in einigen Punkten zu anderen Ergebnissen kommen. Aber das ist etwas, was wir zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Krise vorbei ist, in Ruhe und Sorgfalt analysieren müssen, um daraus dann auch Schlussfolgerungen für zukünftige Krisen dieser Art zu ziehen. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehe ich keinerlei Veranlassung für irgendeine Kritik.

Deutschland hat in einer Woche die Schuldenbremse ausgehebelt, die höchste Neuverschuldung aller Zeiten beschlossen, ein Verstaatlichungsprogramm und die weitreichendste Außerkraftsetzung zivilrechtlicher Regeln beschlossen. War das nötig?

Auch da werden wir erst aus der Rückschau endgültige Antworten geben können. Die Politik muss tagtäglich neu entscheiden, wie sie mit einer sich verschärfenden Lage umgeht. Ich bin der Meinung, dass die Entscheidungen der Bundesregierung richtig waren. Sie müssen allerdings auch zeitlich befristet bleiben und dürfen nicht dazu führen, dass wir nach der Krise plötzlich



eine ganz andere Wirtschaftsordnung haben. Alle Maßnahmen müssen deshalb zeitlich eng befristet sein. Die Bundesregierung und auch die Landesregierungen dürfen nichts tun, was die Handlungsspielräume der Zukunft ohne Not weiter einengt. Das wird schon schwierig genug.

In welchen Fällen können Sie sich vorstellen, dass der Staat Unternehmen übernehmen soll – und in welchen nicht?

Wenn man überhaupt Blaupausen hat für die Reaktionen von heute, dann

das bis heute hat. Das sollten wir mit der Industrie während und nach Corona so nicht wiederholen. Wenn man heute zum Beispiel in Unternehmen der Luftfahrtindustrie so interveniert, dann dient dies dem Ziel, diese Unternehmen zu erhalten und sie mit einer Kapitaldecke auszustatten, die ihnen die Wettbewerbsfähigkeit nach der Krise erlaubt. Das ist das Motiv, das man akzeptieren kann und muss.

Es gibt Anzeichen, dass chinesische Investoren, aber auch amerikanische Hedgefonds den Wertverlust von an

ne nicht möglich ist, dann muss auf nationaler Ebene gehandelt werden. Ich bin der Meinung, dass die Außenwirtschaftsverordnung jetzt so angewendet werden muss, dass Unternehmen aller Größenordnungen vor Beteiligungen oder gar Übernahmen hinreichend geschützt werden.

Ausgangsbeschränkungen, Firmenpleiten, Arbeitslosigkeit und dann die massiven Subventionen des Staates: Wie lange halten wir das durch?

Das ist schwer zu sagen. Die Nervosität hat ja schon am dritten oder vierten Tag des Shutdowns begonnen, und die Rufe nach Exit-Strategien werden täglich lauter. Ich denke, dass es jetzt zunächst einmal wichtig ist, aus rein gesundheitspolitischer Sicht die Krise so zu bewältigen, dass sie uns nicht über den Kopf wächst.

Danach muss natürlich relativ schnell das normale Leben wieder anfangen. Aus meiner Sicht ist die entscheidende Frage: Wann öffnen unsere Schulen wieder? In dem Augenblick, wo Kindergärten, Kitas und Schulen ihren normalen Betrieb wieder aufnehmen, muss parallel dazu auch das normale Wirtschaftsleben wieder in Gang kommen. Aber das zu entscheiden wird eine schwierige Gratwanderung.

Das heißt, die Wirtschaft sollte stufenweise hochgefahren werden?

„Die Außenwirtschaftsverordnung muss jetzt so angewendet werden, dass Unternehmen aller Größenordnungen vor Beteiligungen oder gar Übernahmen hinreichend geschützt werden.“

sind es die Erfahrungen aus der Finanzkrise von 2009. Die US-Regierung hat damals eine große Zahl von Banken in die Insolvenz gehen lassen. Und diejenigen, die als systemrelevante, große Banken identifiziert worden sind, wurden zwangsrekapitalisiert und sind heute stärker denn je. Ich erinnere deshalb daran, weil wir es mit unseren Banken damals anders gemacht haben – mit allen Folgen, die

sich gesunden Mittelständlern nutzen wollen, um diese günstig zu erwerben. Bräuchten wir für solche Fälle eine vorübergehende Verschärfung der Außenwirtschaftsverordnung?

Auch da gibt es Erfahrungen aus der Finanzkrise, die genau zu diesem Ergebnis führen würden. Die Europäer sollten sich darauf verständigen, dass es solche Krisengewinne nicht geben darf. Wenn das auf europäischer Ebe-

14 Tage befand sich Friedrich Merz in Quarantäne. Der CDU-Politiker wurde Mitte März positiv auf das Corona-Virus getestet. Merz sagte alle öffentlichen Termine ab. Für das Telefon-Interview mit dem Mittelstandsmagazin nahm er sich dennoch Zeit.

müssen uns erstmals seit vielen Jahrzehnten auf wirklich erhebliche Wohlstandsverluste für die ganze Gesellschaft einstellen.

Wird denn auch etwas besser sein?

Ja, zum Beispiel in der menschlichen Kommunikation, der Wert auch des persönlichen Austausches, der Wert der Nachbarschaftshilfe, der Wert unserer sozialen Institutionen, der Wert unseres Gesundheitssystems. Ich denke, wir werden in eine Zeit

auf Dauer eine paternalistische Haltung einnehmen. Wir müssen uns damit abfinden, dass viele Dinge nicht mehr selbstverständlich sind. Das geht bis hin in den Bereich der sozialen Leistungen, die man neu justieren muss, damit klar wird, dass man den wirklich Bedürftigen helfen muss, aber eben nicht allen helfen kann. Das wird eine ganz schwierige Gratwanderung für die Wirtschaftspolitik und für die Sozialpolitik werden in den nächsten Monaten, vielleicht in den nächsten Jahren.



„Die Bundesregierung und auch die Landesregierungen dürfen nichts tun, was die Handlungsspielräume der Zukunft ohne Not weiter einengt.“

Das wird gar nicht anders gehen. Denn auch die Unternehmen, die jetzt heruntergefahren worden sind, können nicht von einem Tag auf den anderen wieder in Volllast gehen.

Werden wir am Ende dieser Krise spürbare Wohlstandseinbußen haben?

Es wird den Eigentümern der Unternehmen schlechter gehen, alleine weil in der Krise ein erheblicher Teil des Eigenkapitals verbraucht wurde. Es wird den Aktionären der börsennotierten Aktiengesellschaften schlechter gehen, und es wird natürlich auch dem ganzen Land schlechter gehen. Die Zahl der Arbeitsplätze wird geringer, die Zahl der Arbeitslosen wird größer. Die Zahl der Unternehmen, die in die Insolvenz gehen müssen, wird zwangsläufig größer werden. Wir

neuer Wertschätzung kommen. Wir erkennen plötzlich, dass Dinge, die als selbstverständlich galten, so selbstverständlich gar nicht sind. Und das könnte ein enormer Zugewinn an sozialem Kapital für diese Gesellschaft bedeuten.

Was muss die Politik machen, wenn diese Krise weitgehend überwunden ist? Was sind dann die ersten Aufgaben?

Die Maßnahmen, die ergriffen worden sind, müssen irgendwann auch wieder zurückgenommen werden. Der Lockdown kann kein Dauerzustand bleiben. Es muss der Bevölkerung vermittelt werden, dass die Eigenverantwortung der Unternehmen, aber auch die eigene Verantwortung der Arbeitnehmer in Deutschland sukzessive wieder im Vordergrund steht. Der Staat kann nicht

Aber darin liegt auch eine große Chance, dass wir uns nämlich wieder auf den wesentlichen Kern sozialstaatlicher Aufgaben besinnen. Wir werden manches, an das wir uns gewöhnt haben, nicht aufrechterhalten können. Wir können uns nicht mehr alles leisten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten.

Ist die Grundrente damit jetzt passé?

Meine Meinung zur Grundrente ist hinlänglich bekannt. Die Koalition muss die Grundrente jetzt so oder so zu Ende bringen. Es sollten dann aber wenigstens die Voraussetzungen erfüllt sein, die von den Koalitionspartnern formuliert worden sind, wenn man sie denn tatsächlich auch beschließt. Aber ein ungutes Gefühl bleibt.

Wie geht es jetzt mit dem Wettbewerb um den CDU-Vorsitz weiter?

Wir haben einen Stillstand verabredet bis mindestens Ende April. Ich rechne damit, dass der innerparteiliche Wahlkampf auch danach noch mehrere Wochen lang nicht wieder aufgenommen wird. Möglicherweise werden wir dadurch erst auf dem regulären Parteitag im Dezember eine Entscheidung treffen. Dementsprechend wird der innerparteiliche Wettbewerb um den Parteivorsitz der CDU später beginnen. Aber dies ist etwas, was im Augenblick weder für die Betroffenen noch für die Beteiligten insgesamt im Vordergrund steht. Die Bevölkerung in Deutschland wartet jetzt auf viele Antworten, aber nicht in erster Linie auf diese.

Ihr Mitbewerber Armin Laschet ist in einem Regierungsamt und kann sich als Macher präsentieren. Beeinflusst die Corona-Krise Ihre Wahlchancen?

Corona beeinflusst alles. Die Frage ist nur, in welche Richtung. Deswegen ist es aus meiner Sicht viel zu früh, darüber ein Urteil abzugeben. Ich rechne auch nicht in den Kategorien: Hilft mir das oder schadet mir das? Entscheidend ist jetzt, dass jeder an seinem Platz das tut, was er kann, um zu helfen, diese Krise zu bewältigen.

Was könnte ein möglicher Slogan einer Wahlkampagne 2021 mit Friedrich Merz sein?

Friedrich Merz (64) kandidiert erneut mit Unterstützung des MIT-Bundesvorstands für den CDU-Parteivorsitz, auch wenn die Kandidaten derzeit wegen der Corona-Krise den Wettbewerb ausgesetzt haben. Der Rechtsanwalt und frühere Richter begann seine politische Laufbahn 1989 als Abgeordneter des Europäischen Parlaments. 1994 wechselte er in den Deutschen Bundestag, wo er von 2000 bis 2002 die CDU/CSU-Fraktion in der Opposition anführte. 2009 wechselte der Sauerländer in die Wirtschaft, um als Anwalt und Unternehmensberater zu arbeiten. Von 2009 bis 2019 war der Hobbypilot Vorsitzender der Atlantikbrücke. Seit 2019 ist er Vizepräsident des Wirtschaftsrates der CDU. Merz ist verheiratet und Vater von zwei Töchtern und einem Sohn.

Darüber werde ich mir erst Gedanken machen, wenn es soweit ist. Das Jahr 2021 und der Bundestagswahlkampf, der vielleicht im Herbst stattfindet, sind aus heutiger Sicht so weit weg, dass ich, ehrlich gesagt, noch überhaupt keine Idee habe, welches Thema dann möglicherweise im Vordergrund stehen könnte. Es gilt jetzt, gemeinsam die Corona-Krise zu meistern.

Wissen Sie schon, wer Ihr Wunsch-Generalsekretär oder Ihre Wunsch-Generalsekretärin ist?

Ich habe dazu gewisse Vorstellungen, aber noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Und ehrlich gesagt ist auch diese Frage für mich mit Blick auf die dramatische Lage in unserem Land im Moment völlig nebensächlich.

Beantworten Sie die folgenden Fragen bitte nur mit Ja oder Nein. Sie haben einen Joker. Hätten Sie Verständnis, wenn jemand das derzeitige Erscheinungsbild der Großen Koalition als „grottenschlecht“ bewertet?

Nein.

Haben Sie im Februar zumindest schon für möglich gehalten, dass

die Corona-Krise solche massiven Auswirkungen auf Deutschland haben könnte?

Nein.

Wird Deutschland schneller und besser aus der Krise herauskommen als andere Länder?

Ja.

Werden beim nächsten mit Corona vergleichbaren Virus solche einschneidenden Maßnahmen wie jetzt wieder nötig sein?

Joker.

Würde Jens Spahn auch bei einem Kanzler Merz eine wichtige Rolle spielen?

Ja.

Kann die Union bei der nächsten Bundestagswahl die 40-Prozent-Marke überwinden?

Ja.

Bitte vervollständigen Sie folgenden Satz: Wenn ich nach der Krise ein Unternehmen gründen würde...

... würde ich Mundschutzmasken und Schutzbekleidung herstellen.





TECHNOLOGISCHER HOFFNUNGSTRÄGER

Mit Kernkraft gegen den Klimawandel

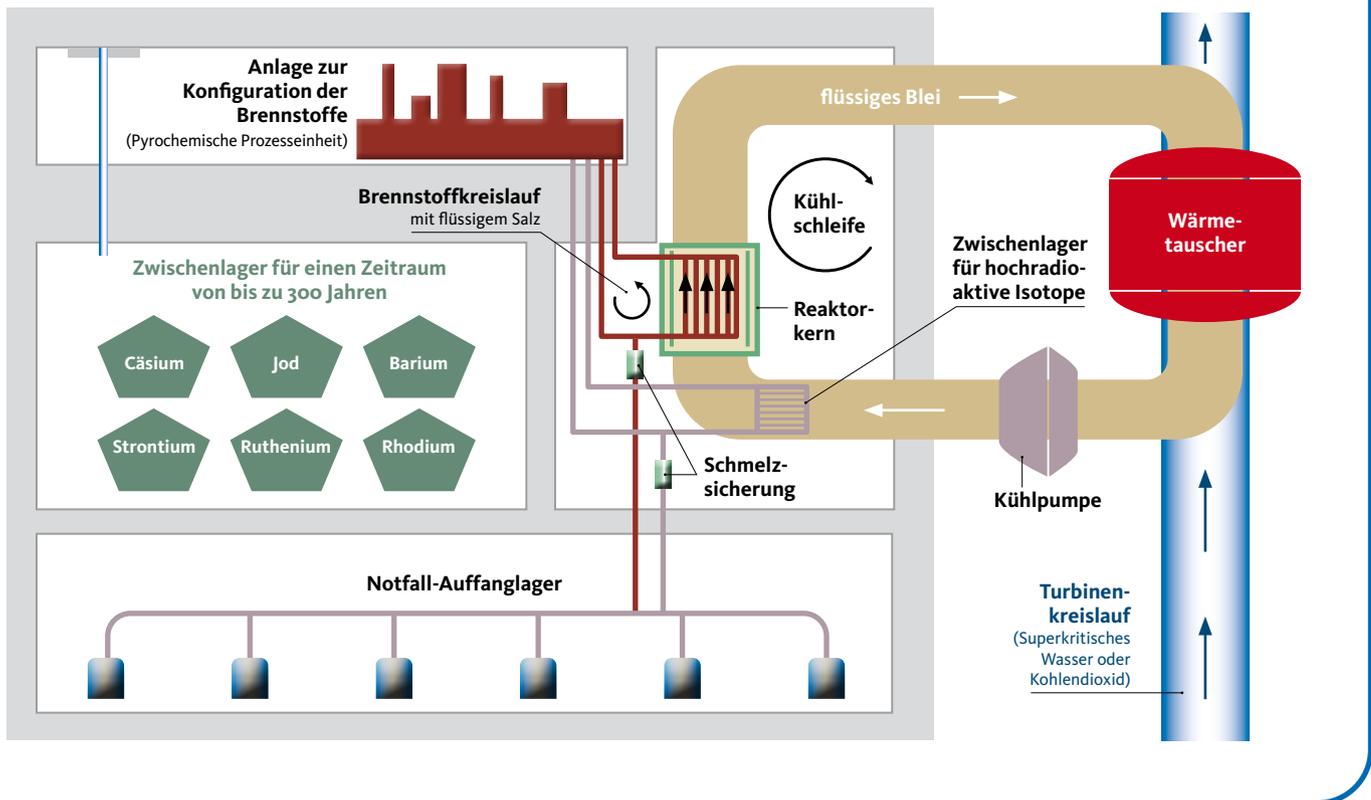
Das Thema Kernkraft scheint in Deutschland spätestens seit dem Ausstiegsbeschluss im Jahr 2011 endgültig erledigt. Damals war es in Japan nach einem Erdbeben und Tsunamis zu Kernschmelzen im Kraftwerk Fukushima gekommen. Während Japan selbst und viele weitere Staaten auch danach auf Nukleartechnologie setzten, beschloss die Bundesregierung, bis 2022 alle Reaktoren im Bundesgebiet abzuschalten.

Teil einer CO₂-freien Lösung?

Zur Überraschung vieler zeigte sich im vergangenen Jahr ausgerechnet Greta Thunberg, die Ikone der weltweiten Klimaschutzbewegung, offen für die Kernkraftnutzung. Sie persönlich sei zwar dagegen. Gemäß Weltklimarat könne diese Energieform aber „ein kleiner Teil einer großen, neuen CO₂-freien Energielösung sein“, schrieb Thunberg.

Tatsächlich weist die Kernenergie drei zentrale Vorteile auf: Neben der guten Klimabilanz – der CO₂-Ausstoß ist einschließlich aller Vorarbeiten so gering wie bei der Windkraft – liefert sie zuverlässig Strom und benötigt dazu wenig Platz, was besonders in dicht besiedelten Industrieländern von Vorteil ist. Die drei wichtigsten Gegenargumente: der radioaktive Müll, die verheerenden Unfallfolgen und die geringen Uranvorräte auf der Erde.

Kernkraft ohne langlebige Abfälle und Unfallrisiken? Das versprechen sich Berliner Wissenschaftler vom sogenannten Dual-Fluid-Reaktor. Mit ihrem Modell ließe sich der gesamte in deutschen Kernkraftwerken angefallene Atommüll in einer Kleinanlage verarbeiten – soweit die Theorie.



So funktioniert der Dual-Fluid-Reaktor

Der DFR ist ein Schnellspaltreaktor mit flüssigem Brennstoff und separater Kühlschleife mit flüssigem Blei. Die geringe Größe des Reaktors erlaubt es, alle nuklearen Komponenten unterirdisch unterzubringen. Nur das Turbinenhaus ist äußerlich sichtbar.

Die vierte Generation

An der Stelle setzen Forscher in aller Welt an. Weitgehend unbemerkt von der atomkritischen Öffentlichkeit haben Physiker und Ingenieure in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Die Renaissance der Kernkraft sollen aber nicht die alten Meiler bringen, sondern eine neue, vierte Generation. Diese verheißt, sicher, wirtschaftlich und nachhaltig, also weitgehend atommüllfrei zu sein. Zu dieser Generation zählen vor allem Flüssigsalz- und Laufwellenreaktoren. An diesen Typen arbeitet beispielsweise das US-Unternehmen Terra Power, das Microsoft-Mitgründer Bill Gates 2006 gegründet hat.

Flüssigsalzreaktoren arbeiten mit einer flüssigen Salz-Brennstoff-Mischung, die im Reaktor selbst zirkuliert. Herkömmliche Reaktoren lassen die Kernspaltung dagegen in Brennstäben ablaufen und leiten die so entstandene Wärme mit unter hohem Druck stehendem Wasser ab. Das Salz-Konzept hat unter anderem den Vorteil, dass es nicht nur mit angereichertem Uran, sondern auch mit hochradioaktiven Abfall betrieben werden kann. In der Theorie könnte also ein Großteil des Atommülls, der heute endgelagert werden muss, abermals genutzt werden. Ein weiterer Vorteil ist die höhere Sicherheit: Im Falle einer Überhitzung soll das Flüssigsalz in Aufbewahrungstanks abfließen, sodass Kernschmelzen wie in Fukushima ausgeschlossen wären.

Reaktor statt Endlager

Eine besondere Form dieses Konzeptes haben sich Forscher des privaten Instituts für Festkörper-Kernphysik in Berlin sogar patentieren lassen: den Dual-Fluid-Reaktor (DFR). „Dabei handelt es sich um einen Schnellspaltreaktor mit flüssigem Brennstoff und separater Kühlschleife mit flüssigem Blei“, erklärt MIT-Mitglied Jan-Christian Lewitz, Diplom-Physiker und Berater des IFK. „Daher auch der Name: ‚Dual Fluid‘, also zwei Flüssigkeiten.“ Der DFR habe wegen seiner hohen Arbeitstemperatur einen elektrischen Wirkungsgrad von rund 50 Prozent. Der Reaktor soll mit seiner geringen Größe unterirdisch betrieben werden, um die Gefahr durch Naturkatastrophen, Flugzeugabstürze oder Terrorangriffe zu verringern. „Der entscheidende Sicherheitsvorteil ist aber die passive Sicherheit, die das Dual-Fluid-Prinzip mit 1000 Grad Betriebstemperatur bei Siedetemperaturen von etwa 1600 Grad bietet“, sagt Lewitz. „Es ist ein quasi druckloser Reaktor, Leckagen führen nicht zu katastrophalem Versagen.“

Der Clou liegt im Recycling des Atommülls. Der DFR zerstört nicht nur seine eigenen Abfälle, sondern auch die der alten Kernkraftwerke. Lewitz: „Übrig bleiben nur Spaltprodukte, die nach circa 300 Jahren als Wertstoffe in die Industrie abgegeben werden können. 90 Prozent sind in den ersten 100 Jahren unter die Freigabewerte abgeklungen.“ Damit hätte sich die Suche nach einem Endlager erledigt.

Das belegt eine vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Studie, die das IFK mit Phy-

sichern der Technischen Universität München angefertigt hat. Darin kommen die Forscher zu dem Ergebnis, dass sich mit einer einzigen kleinen Destillationsanlage der gesamte in deutschen Kernkraftwerken angefallene Atommüll innerhalb von nur 20 Jahren verarbeiten ließe. „Insgesamt könnte unser Reaktor durch die hohe Leistungsdichte und durch den Wegfall nicht mehr benötigter externer Aufarbeitungsanlagen zu einem Bruchteil der Kosten eines heutigen Atomkraftwerkes betrieben werden“, sagt Lewitz. Eine weiteres „Abfallprodukt“ im Betrieb wären sortierte Radionuklide für Medizin oder für Radionuklidbatterien. Der Haken: Bislang existiert der DFR nur auf dem Papier.

Viele Fragen offen

Der amerikanische Nuklearexperte Edwin Lyman ist daher skeptisch: „Wir wissen so wenig über Flüssigsalzreaktoren, wozu auch der DFR zählt. Es gibt so gut wie keine Betriebs Erfahrung – und damit viele mögliche Komplikationen bei der Sicherheit“, so der Direktor für Nukleare Sicherheit bei der „Union of Concerned Scientists“ gegenüber dem Mittelstandsmagazin. Flüssigsalzreaktoren würden zudem kontinuierlich Edelgas-Spaltprodukte freisetzen, die angesichts ihrer Geschwindigkeit Rückhaltesysteme mit beispielloser Leistung und Kosten erfordern würden. Es sei schwierig, das alles seriös abzuschätzen. „Für mich sind solche Konzepte reine Fiktion.“

Auch Christoph Pistner vom Öko-Institut in Darmstadt sieht „offene Forschungsfragen in praktisch allen relevanten Technologiebereichen“. Der DFR befinde sich in einer frühen Designphase. „Wesentliche Probleme bei der Entwicklung eines Reaktorkonzepts treten oft erst in der späteren Demonstrationsphase auf, wenn durch Prototyp- und Demonstrationsreaktoren die tatsächliche großtechnische Umsetzbarkeit eines konkreten Designs gezeigt werden muss“, wirft der Bereichsleiter Nukleartechnik und Anlagensicherheit beim Öko-Institut ein.

Forschern fehlt Geld

Damit aus der Fiktion Wirklichkeit wird, hoffen die Wissenschaftler vom IFK auf politische Unterstützung oder die Hilfe von Investoren. Die Baukosten für einen Serien-Reaktor mit drei Gigawatt thermischer und 1,5 Gigawatt elektrischer Leistung beziffern die Forscher auf unter zwei Milliarden Euro. Die Produktionskosten der elektrischen Energie belaufen sich auf etwa 0,65 Cent pro Kilowattstunde – und entsprechen damit einem Bruchteil der Kosten aller heutigen Energieträger.

Ein nächster Systemtest mit nicht-radioaktiven Stoffen im Labormaßstab würde laut IFK mindestens 100 Millionen Euro kosten. Die Entwicklungskosten bis zum Nachweis der praktischen Machbarkeit des DFR schätzt das Institut auf weitere 120 Millionen Euro. Geld, das die Forscher derzeit nicht haben. Doch selbst wenn sich ein Investor finden ließe: Eine politische Mehrheit für Kernforschungsprojekte ist derzeit nicht in Sicht.

„Tür nicht verschließen“

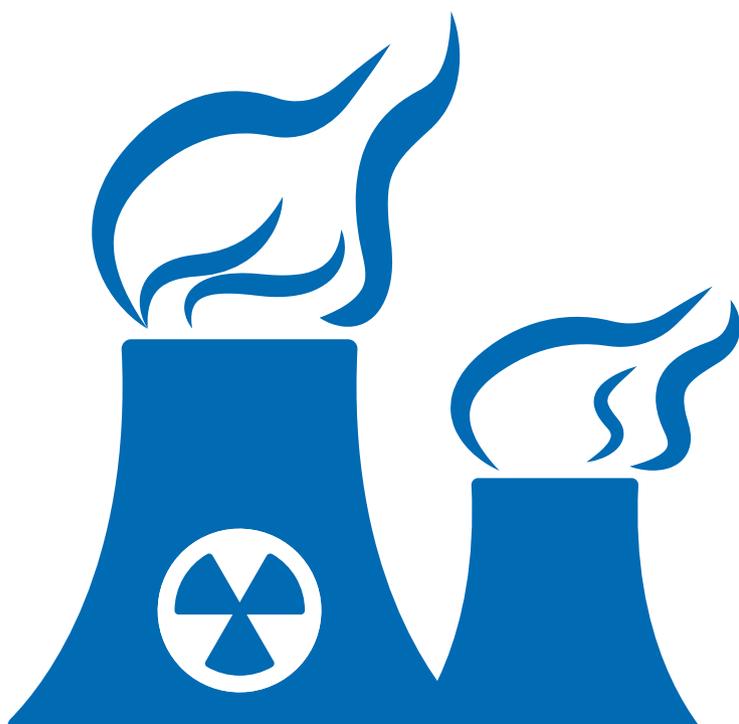
Als im vergangenen Jahr einzelne Wirtschaftsvertreter und Politiker eine Laufzeitverlängerung der bestehenden Meiler ins Spiel brachten, stellten die deutschen Kernkraftwerksbetreiber Eon, RWE und EnBW auf Anfrage klar: Die Nutzung der Kernenergie für die Stromproduktion hat sich in Deutschland für sie erledigt. Die Betreiber haben sich strategisch längst anders organisiert.

Das sieht der MIT-Bundesvorsitzende und stellvertretende CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzende Carsten Linnemann ähnlich. Für eine Laufzeitverlängerung gebe es keine Mehrheit. „Wir dürfen aber trotzdem die Tür zu Innovationen, die weniger gefährlich und ohne Atommüll möglich sind, nicht verschließen“, so Linnemann. Die MIT hat daher auf dem vergangenen Bundesmittelstandtag in Kassel gefordert, an der wissenschaftlichen Weiterentwicklung der Kernenergie festzuhalten. Projekte „zur Kernfusion und zu kleinen, modularen Reaktoren sollen ergebnisoffen als mögliche Variante für eine CO₂-freie Energieproduktion auch für Deutschland geprüft werden“, heißt es in dem Beschluss. Auf Initiative der MIT hat der Bundesfachausschuss Wirtschaft der CDU diese Formulierung übernommen.

Die Suche nach einer wirtschaftlichen, sauberen und gesellschaftlich akzeptierten Energielösung in Deutschland geht damit weiter. ●



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de



„GREEN DEAL“

Was bringt das EU-Klimagesetz?

Der „Green Deal“

Der „Green Deal“ hat ein großes Ziel: Die Europäische Union soll bis 2050 „klimaneutral“ werden. Das bedeutet, dass bis dahin alle Treibhausgase vermieden oder ausgeglichen werden, zum Beispiel durch Aufforstung. So soll die Erderwärmung auf ein verträgliches Maß reduziert werden. Auf dem Weg dorthin steht ein Etappenziel: Bis 2030 soll die EU ihre Klimagase um 50 bis 55 Prozent unter den Wert von 1990 bringen. Bisher gilt ein Ziel von 40 Prozent.

Diese Ziele werden in einem umfangreichen Klimagesetz rechtlich verankert. Darüber hinaus soll der

von der Leyen ihren Entwurf für ein Klimagesetz vor. „Das Klimagesetz wird die EU dazu verpflichten, unseren Klimazielen in allen künftigen Gesetzesvorhaben Rechnung zu tragen“, sagte von der Leyen in Brüssel. Zentraler Punkt ist neben der verbindlichen Festlegung des Ziels für 2050 ein Mechanismus zur Umsetzung. Die EU-Kommission will nach 2030 regelmäßig Zwischenziele nachschärfen. Von 2023 an soll alle fünf Jahre überprüft werden, ob die Zielmarke zu halten ist. Falls nicht, sollen die EU-Staaten Empfehlungen annehmen. Für die Jahre 2030 bis 2050 ist ein Zielkorridor vor-

„Der europäische Grüne Deal ist unsere neue Wachstumsstrategie – für ein Wachstum, das uns mehr bringt, als es uns kostet.“

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

„Green Deal“ eine neue Industriestrategie (siehe Kasten), Importhürden für klimaschädlich produzierte Waren und eine Strategie für sauberen Verkehr und weitere Maßnahmen beinhalten. Bis 2030 will die Kommission Investitionen in Höhe von einer Billion Euro mobilisieren. Das Geld soll aus dem EU-Haushalt, den Mitgliedsstaaten und dem Privatsektor kommen.

Das Klimagesetz

Anfang März stellte EU-Kommissionspräsidentin und MIT-Mitglied Ursula

gesehen. Die Etappenziele sollen gegebenenfalls von der EU-Kommission nachgeschärft werden.

Die Folgen

Klimaschützern gehen die Pläne nicht weit genug. Sie verlangen eine Verschärfung auf bis zu 65 Prozent und dringen auf eine schnelle Festlegung. So oder so sind ein kompletter Umbau der Wirtschaft und die Abkehr von Öl, Kohle und Gas nötig. Industrie und private Haushalte müssen mit spürbar härteren Auflagen rechnen. Für Bürger



Die EU-Kommission hat ihren Entwurf für ein Klimagesetz vorgestellt. Das Gesetz ist Teil eines „Green Deal“ und soll das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 EU-weit festschreiben. Was bringen die Pläne – und wie marktwirtschaftlich sind sie?

könnten die Klimapläne bedeuten: „saubere“ Autos kaufen oder öffentliche Verkehrsmittel nutzen, Häuser dämmen, Heizungen erneuern oder Ökostrom beziehen. Bauern und Betriebe müssten die Produktion umstellen.

Von der Leyen sieht in ihrer Klimastrategie einen Wachstumsmotor. „Der europäische Grüne Deal ist unsere neue Wachstumsstrategie“, sagte sie. Zusätzliche jährliche Investitionen in Milliardenhöhe sollen dazu führen, dass die EU weltweiter Spitzenreiter bei grüner Technologie wird. Dies sei Europas „Mann-auf-dem-Mond-Moment“.

Viele Defizite

Kritisiert wird die Kommissionspräsidentin auch aus den eigenen Reihen. Der CDU-Europaabgeordnete Sven Schulze warnt davor, die Bürger zu stark zu belasten. „Niemand hat etwas gegen Klimaschutz. Aber man darf die Menschen und ihre Arbeitsplätze dabei genauso wenig vergessen wie den Umstand, dass wir in Europa möglicherweise vor einer Rezession stehen“, sagt Schulze, der auch Mitglied im MIT-Bundesvorstand ist.

Aus Sicht der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament ist zwar das Ziel richtig, Klimaneutralität bis 2050 anzustreben. „Ein seitenlanger Katalog von Einzelmaßnahmen macht aber

„Ein seitenlanger Katalog von Einzelmaßnahmen macht noch keine Strategie.“

CSU-Europaabgeordneter Markus Ferber

noch keine Strategie“, sagt der CSU-Europaabgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Markus Ferber. „Anstatt am Ende den Energieverbrauch jedes Haushaltsgeräts regulieren zu wollen, sollte sich die Europäische Kommission lieber auf die maßgeblichen Fragen konzentrieren, auf die es wirklich ankommt.“ Für das MIT-Bundesvorstandsmitglied ist klar: „Wir brauchen weniger Ordnungsrecht und mehr marktwirtschaftliche Lösungen.“

Markus Pieper, Parlamentarischer Geschäftsführer und neben Ferber Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Gruppe, kritisiert zudem ein zweifelhaftes Vorgehen: Ab 2030 will die Kommission die Fortschritte der einzelnen Länder nicht nur überprüfen, sondern auch selbst eingreifen können.

Dazu wird ein „delegierter Rechtsakt“ vorgeschlagen. Die Kommission hätte dann alle Macht, um eine Regierung zur Einhaltung von Vorgaben zu zwingen. „Anstatt weltbesten Rahmen für Umweltinnovation zu sein, atmet dieser Vorschlag die Bevormundung der Menschen und die Entmündigung von Politik“, sagt Pieper. Die Kriterien für Folgenabschätzungen glichen zudem „einem Greenpeace-Forderungskatalog“.

Der bessere Weg

Schulze, Ferber und Pieper hätten sich ein umfassendes Emissionshandelsystem (ETS) gewünscht, das möglichst viele Sektoren umfasst und auch Drittstaaten die Teilnahme erlaubt. Allerdings stimmte das Europaparla-



ment im Januar gegen eine ETS-Ausweitung auf den Verkehrs- und Gebäudesektor. Das Parlament wolle „offensichtlich den Weg über das Ordnungsrecht mit Sanierungsquoten für private Gebäude und Verboten von Gasheizungen gehen“, bedauert Pieper. „Solche Vorgaben machen eine europäische Energiewende für Eigenheimbesitzer und Mieter unbezahlbar.“

Dem stimmt auch Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, zu: „Aus ökonomischer Sicht ist eine klug gemachte und umfassende CO₂-Bepreisung die effizienteste und sozial gerechte Maßnahme für eine sichere Klimazukunft.“ Der Entwurf für ein Klimagesetz sei ein Schritt in die richtige Richtung. Es genüge jedoch nicht, die richtigen Ziele zu setzen. Edenhofer: „Wir brauchen klar definierte Wege und kurzfristige Einstiegspunkte, um die Ziele tatsächlich zu erreichen.“ ●

Industrie- und Mittelstandsstrategie

Zum „Green Deal“ gehören auch eine Industrie- und eine Mittelstandsstrategie. Die Industriestrategie ist stark auf CO₂-Einsparungen ausgerichtet und soll die Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents sichern. Die 27 EU-Mitgliedsstaaten wollen dazu die Wettbewerbsregeln anpassen. Geplant sind unter anderem Hilfen zur Qualifizierung von Personal und zum Schutz vor unfairer Konkurrenz. Das Papier sieht Aktionspläne zum Schutz von geistigem Eigentum und zur Rohstoffbeschaffung vor. Bis Mitte dieses Jahres soll untersucht werden, wie ausländische Subventionen den Wettbewerb im EU-Binnenmarkt verzerren. Bis Mitte 2021 soll ein Vorschlag für Gegenmaßnahmen vorliegen.

Kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) verspricht die Kommission in einer eigenen Strategie Bürokratieabbau und einen leichteren Zugang zu Finanzierungen. Ein KMU-Beauftragter innerhalb des Kommissionsteams soll in Zukunft jeden Gesetzesvorschlag daraufhin überprüfen, ob den Bedürfnissen der KMU entsprochen wird. Die Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe, Markus Pieper und Markus Ferber, lobten vor allem die Einführung des KMU-Beauftragten. Damit werde außerdem sichergestellt, dass „gerade bei der Klima- und der Sozialgesetzgebung die Folgen für den Mittelstand abgeschätzt werden“. Allerdings vernachlässige die Kommission die Bankenfinanzierung. „Damit drohen Mittelständlern ohne Kreditrating höhere Eigenkapitalanforderungen und teurere Kredite“, so die MIT-Vorstandsmitglieder.



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

PRO & CONTRA

Sollte Deutschland die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.

Ideologische Scheuklappen ablegen



Norbert Müller (64) ist Mitglied des MIT-Bundesvorstands und der MIT-Energiekommission. Der diplomierte Elektroingenieur ist geschäftsführender Gesellschafter eines Elektronikunternehmens in Sachsen.

Sollte Deutschland aufgrund der Abschaltung von Kraftwerkskapazitäten und zur Sicherung der Eigenversorgung auf EU-Stromimporte zurückgreifen müssen, wird diese Energie in Atom- oder Kohlekraftwerken hergestellt. Wir steigen also im Umkehrschluss kurzfristig aus der Produktion von Atom- und Kohlestrom aus, nicht aber aus der Nutzung dergleichen.

Weltweit wird tunlichst vermieden, Laufzeiten von genehmigten Atomkraftwerkskapazitäten infrage zu stellen.

Es darf bezweifelt werden, dass die europaweit betriebenen Kraftwerke jetzt abgeschaltete deutsche Kraftwerke in Sicherheitsfragen übertreffen. Hier wäre nach Fukushima Zeit genug gewesen, sich gesamt-europäisch auf eine Rangliste abzuschaltender Atomkraftwerke zu einigen und Europa für die Kosten der Abschaltung und den Aufbau von Ersatzleistungen aufkommen zu lassen. Eine verpasste Chance für Europa!

Als eine der größten Industrienationen der Welt sollten wir technologieoffen und ohne ideologische Scheuklappen prüfen, welche Sektoren CO₂-neutraler Energieerzeugung uns neben Wind, Sonne, Wasserkraft und Biogas kurzfristig zur Forcierung von zielorientierten

Forschungsaktivitäten zur Verfügung stehen.

Das Magazin „Der Spiegel“ berichtet in seiner Ausgabe vom 14. Dezember 2019 von weltweit 40 Firmen und Forschungsinstituten, die an Kernreaktoren mit sicherer und wirtschaftlicher Anlagentechnologie arbeiten. Nützliches Nebenprodukt wäre die nahezu vollständige energetische Verwertung und damit Entsorgung teuer verbrachter Reststoffe aus konventionellen Atomkraftwerken mit einer dann reduzierten, finalen

Endlagerzeit des verbleibenden Restmülls von 150 bis 300 Jahren.

Auch in Deutschland wird an modernen Reaktortypen geforscht. Trotz aller Bedenken zur Kernspaltung sollten wir technologieoffen prüfen, ob sich hinter diesen Konzepten aus Deutschland, Russland, China oder den USA nicht doch tragfähige Ideen zur Ergänzung CO₂-neutraler Energiegewinnung verbergen.

Unbestritten bleibt: Signifikante Erfolge im Kampf um die Minderung von CO₂-Emissionen wird es nur über Innovation und Technologie geben. Dafür brauchen wir in unserem gesellschaftlichen Umfeld und in der öffentlichen Diskussion einen „Klimawandel“ hin zu ideologiefreier Expertise für die besten Ideen. ●

PRO

Nach dem Ausstieg aus der Kernenergie will Deutschland ebenso aus der Kohleverstromung aussteigen. Angesichts der ehrgeizigen Klimaziele stellt sich die Frage, ob die CO₂-armen Kernkraftwerke nicht doch noch eine Weile am Netz bleiben sollen. Braucht Klimaschutz übergangsweise die Kernkraft?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Es gibt smarte Alternativen

Kernkraftwerke waren einst ein Flaggschiff der deutschen Großindustrie. Atom- und Kernphysik, gekoppelt mit Deutschlands Ingenieurkunst, versprachen preiswerte eigene Energie, ohne Rohstoffprobleme. Kernspaltung und Kernfusion schienen die Lösung aller Energiesorgen zu sein. Das Endlagerungsproblem würde man schon lösen.

Das CO₂-Argument gab es damals noch nicht – und man sollte es auch nicht darauf reduzieren. Bei der Kernspaltung und beim Betrieb eines Kraftwerks fallen physikalisch bedingt radioaktive Abfälle an, für die es weltweit nach wie vor keine Entsorgungs- oder Recyclinglösung gibt. Die Technologie ist aufwändig und komplex, die Sicherheitsanforderungen sind sehr hoch. Selbst von den Chefs der Energiekonzerne erfährt man, dass sie ohnehin keine neuen Kernkraftwerke mehr geplant hätten, die wären einfach zu teuer.

Hinzu kommt die fehlende Akzeptanz in weiten Teilen der Bevölkerung. Nur weil etwas technisch möglich ist, müssen wir es nicht gleich auch umsetzen. Zumindest nicht, wenn vernünftige Alternativen vorhanden sind. Heute sind die regenerativen Energien weitgehend wirtschaftlich, erzeugen kein CO₂ und

auch keine prozessbedingten negativen Abfälle. Und technologisch haben wir eine ganz neue smarte Welt betreten, die weitaus mehr marktwirtschaftliches Zukunftspotential bietet als die veraltete zentralisierte Kerntechnologie.

Und die Kernfusion? Während meines Physikstudiums hieß es: Bis zur Umsetzung der Fusionstechnologie wird es noch 50 Jahre dauern. Fragt man die Fachwelt heute, erhält man die gleiche Antwort. Auch heute noch träumen

Physiker und Ingenieure davon, den hochenergetischen Prozess, der im Inneren der Sonne stattfindet, auf die Erde zu holen. Aber warum sollen wir eine Fusionstechnologie mit extremen Randbedingung und Kosten zum Einsatz bringen, wo uns die Sonne doch diese Energie liefert? Die direkte Umwandlung von Solar- und Windenergie in elektrischen Strom ist im Übrigen die sauberste Form. Bei der Umwandlung von Strom in Kraft, Licht oder Wärme fallen keine negativen Abfälle an, weder als Klimagas noch als Staub, Asche oder gar radioaktivem Abfall.

Entscheiden wir uns für die intelligente Lösung! Die Kernenergie war politisch immer als Übergangsenergie eingestuft. Dieser Übergang geht nun seinem Ende zu. ●

CONTRA



Dr. Josef Gochermann (59) ist Mitglied des MIT-Bundesvorstands und der MIT-Energiekommission. Er studierte Physik und Astronomie und ist Professor für Marketing und Technologiemanagement sowie Geschäftsführer einer Technologieberatung.

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Corona-Hilfen der EU

Die EU-Finanzminister haben sich Mitte April darauf verständigt, mehr als eine halbe Billion Euro bereitzustellen, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern. Die Europäische Investitionsbank soll durch Bürgschaften bis zu 200 Milliarden Euro an zusätzlichen Krediten für Mittelständler ermöglichen. Darüber hinaus will die EU-Kommission die Kurzarbeitergeld-Systeme der Staaten mit bis zu 100 Milliarden Euro unterstützen. Zudem soll der Euro-Rettungsschirm ESM den Euro-Staaten vorsorgliche Kreditlinien zur Verfügung stellen. Auch wenn die Bedingungen hierfür weniger stark hätten gelockert werden können: In Summe ist das Paket ausgewogen und der Größe der Herausforderung angemessen. Das Paket zeigt, dass Solidarität auch ohne die Vergemeinschaftung von Schulden gelingen kann.



Nationale Grenzschließungen

Im März griffen viele EU-Mitgliedsstaaten auf nationalstaatliche Lösungen zurück, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. Durch Grenzschließungen und kilometerlange Staus an Grenzübergängen wurde der Warenverkehr im europäischen Binnenmarkt massiv eingeschränkt. Gerade Unternehmen in Grenzregionen sind davon stark betroffen. Die Kommission hat daraufhin Leitlinien vorgelegt, damit die Freizügigkeit systemrelevanter Arbeitskräfte zum Beispiel aus dem Gesundheits-, Transport- und Dienstleistungssektor garantiert wird. Der ungehinderte Warentransport soll durch grüne Vorfahrtsspuren an Grenzübergängen für den Frachtverkehr garantiert werden. Dabei zeigen die Niederlande, Belgien und Deutschland, dass verantwortungsvolles Krisenmanagement auch ohne geschlossene Grenzen möglich ist.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Aufsichtsübertragung

Finanzvermittler nicht zusätzlich belasten

Die MIT lehnt die Verlagerung der Zuständigkeit für die Aufsicht über Finanzanlagenvermittler und Honorar-Finanzanlagenberater auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ab. „Die Übertragung der Erlaubniserteilung und der Aufsicht würde die Kosten der Betriebe erheblich erhöhen, die Bürokratie vergrößern und würde nicht zu einem höheren Verbraucherschutz beitragen“, heißt es in dem Beschluss der MIT-Steuerkommission. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, die Zuständigkeit im Sinne eines One-Stop-Shops bundesweit auf die Industrie- und Handelskammern zu übertragen.



Bundesregierung



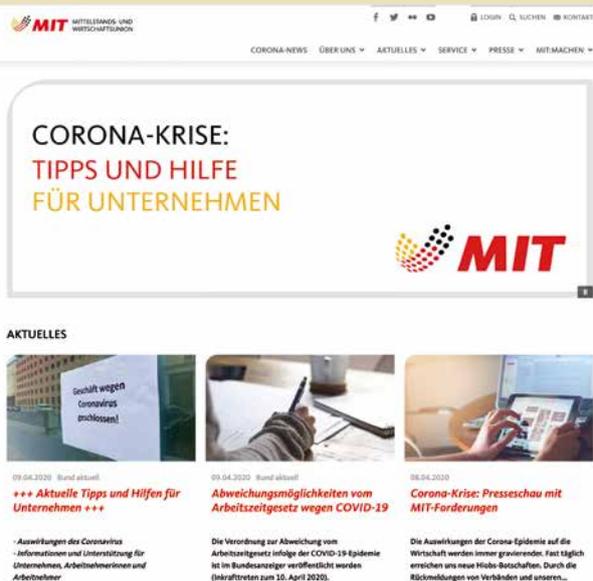
Neuer Mittelstandsbeauftragter

Das Bundeskabinett hat den Wirtschaftsstaatssekretär Thomas Bareiß zum neuen Mittelstandsbeauftragten ernannt. Der 45-Jährige ist MIT-Mitglied und gehörte von 2013 bis 2017 dem MIT-Bundesvorstand an. Bareiß ist seit März 2018 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie zuständig für die Bereiche Energie und Außenwirtschaft. Zudem ist er Tourismusbeauftragter der Bundesregierung. Als Mittelstandsbeauftragter soll Bareiß auch Wirtschaftsminister Peter Altmaier bei seiner neuen Mittelstandsstrategie unterstützen. Der Schwabe tritt die Nachfolge von MIT-Mitglied Christian Hirte an.

Website

Mehr digitale Besucher

Während die MIT-Bundesgeschäftsstelle in der Corona-Zeit kaum frequentiert wurde, stiegen die Besucherzahlen der MIT-Homepage sprunghaft an. Im März wurde die Website www.mit-bund.de dreieinhalbmal so häufig wie in den Vormonaten besucht. Besonders die Sonderseiten zum Corona-Virus wurden stark nachgefragt. Dort informiert die MIT über die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft und liefert tagesaktuell Tipps und Hilfen für Unternehmer und Arbeitnehmer. Ein von der MIT in Zusammenarbeit mit den Arbeitgeberverbänden entwickeltes Antragsformular zur Stundung der Sozialbeiträge wurden tausendfach heruntergeladen.



Parteivorsitz

MIT unterstützt Friedrich Merz

Der MIT-Bundesvorstand hat Friedrich Merz für das Amt des CDU-Parteivorsitzenden nominiert. Aus Sicht der MIT ist Merz der richtige Kandidat, um die dringend notwendige Neuausrichtung in der CDU voranzutreiben. „Mit seinen ordnungspolitischen Grundüberzeugungen, mit seinem überzeugten Kurs zu Fragen der inneren Sicherheit, Migration und Integration, seinem außenpolitischen Horizont und seiner klaren Sprache“ sei Merz der am besten geeignete Kandidat. Mit ihm würde die CDU wieder klarer erkennbar und unterscheidbarer von den politischen Mittbewerbern werden. Gleichzeitig betonte der MIT-Vorstand, dass auch Armin Laschet und Norbert Röttgen geeignete Kandidaten seien. Laschet habe bewiesen, dass er gemeinsam mit der FDP eine der erfolgreichsten Landesregierungen führen kann. Norbert Röttgen vertrete als überzeugter Marktwirtschaftler und Transatlantiker wesentliche Inhalte der MIT. Die MIT mahnt zudem einen fairen Wettbewerb ohne Schlechtreden der Kandidaten an. Nach der Wahl müssten sich unabhängig vom Ausgang alle vereint hinter den neuen Vorsitzenden stellen.

Kündigungsschutz



Mietmoratorium geht zu weit

Mit dem milliardenschweren Hilfspaket (siehe auch Seiten 10 ff.) hat der Bundestag auch ein Mietmoratorium beschlossen. Mietern, die infolge der Corona-Krise keine Miete zahlen können, darf im April, Mai und Juni 2020 nicht gekündigt werden. Die entstandenen Mietschulden müssen erst bis Ende Juni 2022 beglichen werden. Das hat nach Ansicht des MIT-Vorsitzenden Carsten Linnemann fatale Wirkungen: Die Möglichkeit, vertragliche Leistungen zu verweigern, „führt zu Unfrieden zwischen Vertragspartnern und verlagert Zahlungsschwierigkeiten einfach weiter“, so Linnemann. „Denn die oft privaten Vermieter haben ja auch Ausgaben, für die sie die Mietzahlungen brauchen.“ Besser sei es, wenn der Staat Mieter direkt entlaste.

MIT-Team im Homeoffice

Die MIT-Bundesgeschäftsstelle musste sich ebenfalls an die besondere Situation anpassen. Die Mitarbeiter befinden sich seit Mitte März weitgehend im Homeoffice. Als vorteilhaft erwies sich das schon vor der Corona-Krise angeschaffte Video-Konferenz-System. Dieses konnte problemlos nicht nur für Mitarbeiter-Konferenzen, sondern auch für Sitzungen des Präsidiums, des Bundesvorstandes und der regelmäßigen Konferenzen mit den hauptamtlichen Chefs der wichtigsten Wirtschaftsverbände (siehe Foto) eingesetzt werden. Laut der MIT-Bundessatzung sind auch bei Telefon- und Videokonferenzen gefasste Beschlüsse zulässig. Auch die für Anfang April in Norwegen geplante Klausurtagung des MIT-Bundesvorstandes musste wegen der Corona-Krise abgesagt werden.



Bundesgeschäftsstelle

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.03.2020)

Vechta
(Niedersachsen)
869 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Werner Lübbe

Fulda
(Hessen)
583 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Jürgen Diener

Paderborn
(Nordrhein-Westfalen)
583 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Ulrich Lange

Rhein-Kreis-Neuss
(Nordrhein-Westfalen)
448 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Stefan Arcularius

Meppen
(Niedersachsen)
403 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Reinhard Winter

Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.01.2020 – 31.03.2020)

16 **Wilhelmshaven-Friesland**
(Niedersachsen)
16 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Olaf Werner



6 **Würzburg-Stadt**
(Bayern)
6 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Matthias Rothkegel

16 **Euskirchen**
(Nordrhein-Westfalen)
16 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Paulo Pinto

12 **Wesel**
(Nordrhein-Westfalen)
12 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Christian Strunk

8 **Bamberg-Land**
(Bayern)
8 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Rudolf Schramm

Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.01.2020 – 31.03.2020)

+20 %
Weimar (Thüringen)
Kreisvorsitz: Heinz-Jürgen Kronberg

+20 %
Pirmasens-Stadt (Rheinland-Pfalz)
Kreisvorsitz: derzeit unbesetzt

+15 %
Heidelberg
(Baden-Württemberg)
Kreisvorsitz: Tilo Dieter Müller

+18 %
Wilhelmshaven-Friesland (Niedersachsen)
Kreisvorsitz: Olaf Werner

+17 %
Euskirchen (Nordrhein-Westfalen)
Kreisvorsitz: Paulo Pinto



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... unsere mittelständischen Unternehmen Grundlagen unseres Wohlstandes sind und unserer freiheitlich-demokratischer Grundordnung Stabilität verleihen!“



Dr. Bernd Althusmann

Landesminister,
MIT Harburg-Land

... ich die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit unserer deutschen Wirtschaft aktiv mitgestalten möchte.“



Carina Depner

Vertriebsmitarbeiterin,
MIT Ludwigsburg

... wir die Herausforderungen einer globalen Welt nur mit einem starken Mittelstand meistern können.“



Toby Kurumundayil

Senior Projektmanager,
MIT Duisburg

Bernd Althusmann (53) ist seit 2017 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung in Niedersachsen. Dort ist er auch CDU-Landesvorsitzender.

Althusmann schlug nach seinem Abitur zunächst die Offizierslaufbahn ein und studierte dann Pädagogik und BWL. Mit 27 Jahren zog er in den Landtag ein. 2009 wurde er Staatssekretär im Kultusministerium und 2010 Kultusminister. In dieser Funktion war er 2011 auch Präsident der Kultusministerkonferenz. Nach der verlorenen Landtagswahl arbeitete er von 2013 bis 2016 für die Konrad-Adenauer-Stiftung als Leiter der Landesvertretung Namibia und Angola.

Althusmann ist verheiratet und wohnt im Landkreis Lüneburg.

Carina Depner (29) arbeitet seit dem vergangenen Jahr im Familienbetrieb, einem Unternehmen im Bereich Wohnbau. Zuvor absolvierte Depner ein duales Bachelorstudium bei einem großen Versicherungskonzern. Dort war sie in einer Vertriebsseinheit in Stuttgart tätig und erlangte berufsbegleitend einen Master of Science in Vertriebsmanagement.

Im Familienbetrieb ist sie nun für die Umsetzung von Vertriebs- und Marketingaktivitäten, die Immobilienvermittlung und für die Kundenbetreuung verantwortlich.

In ihrer Freizeit engagiert sich Depner in der CDU und bei den Wirtschaftsjunioren. Zudem ist sie seit über elf Jahren als Übungsleiterin für Schüler beim örtlichen Leichtathletik-Verein engagiert.

Toby Kurumundayil (37) arbeitet seit über 15 Jahren als Senior-Projektmanager im Maschinen- und Anlagenbau. Seine Spezialgebiete sind der Vertrieb und Verhandlungen im internationalen Kontext.

Kurumundayil absolvierte zunächst ein duales Studium zum Industriekaufmann und Betriebswirt. Danach machte einen Abschluss als Master of Business Administration. In den vergangenen Jahren war er beruflich viel im asiatischen Raum unterwegs und konnte dort Erfahrungen sammeln und Netzwerke aufbauen.

Kurumundayil ist überzeugt vom christlichen Wertefundament, auf dem die Volkspartei CDU basiert, und interessiert sich insbesondere für die Herausforderungen der Wirtschafts- und Integrationspolitik.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

VERABSCHIEDEN
SIE SICH
VOM STECKDOSEN-
SUCHEN



Dank **HP Fast Charge**, und bis zu **24 Stunden** Laufzeit.

HP Notebooks. **Work better.**

Mehr erfahren: hp.com/workbetter

